

Proletarische

Nr. 80

unabhängig

von Staat
und Kapital



Revolution

revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich

19. Jg.

19. Jahrgang
der Wiener Ausgabe

August 2019

Open Access-Publikation: <https://www.proletarische-revolution.at/>

Amtlicher Stimmzettel

für die

Wahl der österreichischen Mitglieder
des Europäischen Parlaments

am 26. Mai 2019

Liste Nr.	für die jeweilige Partei obzwei ein <input checked="" type="checkbox"/> einsetzt	Kurzbezeichnung	Parteiabkürzung	Bezeichnung eines Bewerbers oder einer Bewerberin (Name und/oder Rufnummer) durch den Wähler oder durch die Wählerin
1	<input checked="" type="checkbox"/>	ÖVP	Österreichische Volkspartei	
2	<input checked="" type="checkbox"/>	SPÖ	Partei Österreichs	
3	<input checked="" type="checkbox"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Freiheitliche Partei Österreichs	
4	<input checked="" type="checkbox"/>	GRÜNE	Die Grünen – Grüne Alternative	
5	<input checked="" type="checkbox"/>	NEOS	NEOS – Das Neue Europa	
6	<input checked="" type="checkbox"/>	KPÖ	KPÖ Plus – European Left, offene Liste	

Wahlboykott

Keine Stimme für

das kapitalistische

System!

Nach den EU-Wahlen und vor den Nationalratswahlen

Als ob man in der Kirche gegen Gott predigt – Anmerkungen zur Europawahlkandidatur der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)

Bei der heurigen EU-Wahl 2019 stand in Deutschland auch die MLPD/Internationalistische Liste zur Wahl. Es ist insgesamt der zweite EU-Wahlantritt dieser Partei und der erste als Plattform der Internationalistischen Liste. Sie trat mit der Losung einer ‚konsequenten Proteststimme‘ mit dem Ziel des Erreichens von einem oder mehreren Sitzen im Europaparlament an. Unter dem Kampagnenschlagwort ‚Rebellion gegen die EU‘ – abgesehen davon, dass es seltsam anmuten sollte, was diese den heute alles als Rebellion bezeichnet um sich beinahe im selben Atemzug fast stets gegen revolutionäre Kämpfe der unterdrückten Massen und Völker zu stellen – ging es der MLPD nicht um eine Austrittsdebatte sondern darum, eine ‚fundierte linke Kritik an dem imperialistischen Bündnis der EU‘ zu liefern. Zudem sei ein wesentlicher Kern der MLPD-Kandidatur der Kampf gegen die Rechtsentwicklung Europas. Dass die MLPD den antikapitalistischen Kampf auf einen bloßen Kampf gegen Monopole und Übermonopole zu beschränken scheint, ist an und für sich nichts Neues. Den Schwerpunkt, auf einen Wahlkampf gegen die Europäische Union innerhalb deren bürgerlicher Organe zu führen, jedoch schon.

Zwischen der EU-Wahl 2014 und 2019 konnte die MLPD zwar die Stimmen von 18.198 auf 18.340 erhöhen. Gemessen an der insgesamt höheren Wahlbeteiligung muss diese Anzahl aber als Verlust gewertet werden. Die Stimmen der revisionistischen DKP lagen 2019 bei 20.419, wobei der Absturz zu 2014 mit fast 5.000 Stimmen deutlicher zutage tritt.¹

Besonders interessant ist das Ergebnis der MLPD im Vergleich zur deutschen Bundestagswahl vom September 2017. Hier konnte die MLPD noch 35.760 Stimmen erreichen.²

Offiziell verlautbart die Partei: „Die MLPD ist ausgesprochen zufrieden mit dem Wahlergebnis, gemessen an ihren Zielen, und auch mit ihren Stimmen.“

Ohne sich an dieser Stelle mit der Frage nach ‚Zufriedenheit‘ oder jener, dass selbst ein großer

Teil MLPD-WählerInnen zum Bundestag diesen EU-Schwachsinn nicht mitzutragen scheinen, befassen zu wollen, ergibt sich unter den europäischen KommunistInnen doch die grundsätzliche Frage, was denn die ganze Sache eigentlich soll? In diesem Artikel geht es aber auch nicht darum, eine Analyse der Stimmen abzugeben, sondern um die Frage, was eine sich selbst als marxistisch-leninistisch verstehende Partei von der Beteiligung an einer derartigen Wahl erwartet und wie sie es in ihr Programm einordnen kann.

Der MLPD geht es, zumindest noch formell, um einen taktischen und „bewusstseinsbildenden Wahlkampf“³ mit dem Ziel einer organisatorischen Stärkung. Die MLPD beteuert dabei, dass es ihr nicht um eine „grundlegende Erneuerung oder [einen] Neustart der EU“ geht⁴.

Stefan Engel meint: „Durch Wahlen ändert sich überhaupt nichts. Aber wir wissen, dass es Leute gibt, die diesen Weg für richtig finden, die für diesen Plan eintreten“⁵

Es ist zwar richtig, dass die kommunistischen Parteien eine Beteiligung bei Wahlen im allgemeinen als taktische Frage auffassen, die sich zu verschiedenen Bedingungen und Situationen des Klassenkampfes unterschiedlich stellen kann. Doch zeigt uns die historische Erfahrung, dass überall dort, wo sich weitreichende Illusionen in bürgerlichen Demokratismus und Parlamentarismus breit machten und machen, Rechtsopportunisten und Revisionisten nur darauf warten das Ruder herumzureißen. Im Kampf um die klassenlose Gesellschaft müssen die KommunistInnen alle Kampfformen des legalen, halblegalen und illegalen Kampfes meistern können. Es daher stark in Zweifel zu ziehen, ob in Zeiten zunehmender Faschisierung, Kriegsgefahr und staatlicher Repression, welche bekanntlich auch die MLPD zu spüren bekommt, ein dermaßen legalistischer Kurs in der heutigen Situation nicht schon an sich revisionistische Züge in Richtung antimonopolistischer Demokratie in sich trägt. Daran hilft auch nichts, wenn Stefan Engel die Konzeption eines proletarischen Parlamentarismus unter Relativierung der Gefahr einer sich verfestigenden

¹ <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99.html>

² <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html>

³ <https://www.rf-news.de/2019/kw22/zufrieden-mit-dem-stimmergebnis>

⁴ Rote Fahne (MLPD) Nr. 10/2019, 14

⁵ Rote Fahne (MLPD) Nr. 11/2019, 36

kleinbürgerlich-parlamentarische Denkweise verteidigt.

Auch was die gegenwärtige Entwicklung in Bezug auf Wahlen in der Türkei-Nordkurdistan anbelangt, zeigt sich eine weit verbreitete Illusion, welche leider auch von weiten Teilen der revolutionären Linken bestärkt wird, das herrschende faschistische System könne mit wahltaktischen Manövern abgemildert oder gar beseitigt werden. In der Phase des gegenwärtig offenen Terrors gegen die bewussten Kräfte des Proletariats und der Volksmassen ist auch diese Haltung besonders schädlich und schwächt in der Konsequenz klar den revolutionären Volkskampf. Das propagierte taktische Bündnis der türkisch/kurdischen ‚Linken‘ mit der CHP, einer Partei des Militärs, die bereits mehrfach die Intensivierung des faschistischen Systems vorangetrieben hat, entbehrt jeglicher Begründung als ‚volksdemokratischer Kampf‘ und steht sinnbildlich für einen starken opportunistischen Trend innerhalb der revolutionären sowie nationaldemokratischen Bewegung, den es an anderer Stelle noch genauer zu untersuchen gilt.

Der Legalismus, das Schüren von Illusion in den bürgerlichen Parlamentarismus und die opportunistische Haltung der MLPD gegenüber der Obrigkeit haben viele Gesichter. Die Frage der revolutionären Gewalt spielt in ihrer tatsächlichen Politik keine Rolle. Militanz bereits in den heutigen Tageskämpfen zu propagieren und zu entwickeln, ist der MLPD fremd. Im Gegenteil ist es für die Vorstellung der MLPD über den Weg zum Sozialismus eher opportun, nicht zuviel über revolutionäre Gewalt und Bürgerkrieg etc. zu reden. Diese Haltung bestätigt sich allgemein auch wenn Stefan Engel meint: „Die Beteiligung an Parlamentswahlen kann am besten in einer offenen politischen Krise genutzt werden, um Kräfte für den revolutionären Klassenkampf zu sammeln.“⁶

Warum dennoch ausgerechnet das Europaparlament ein zentraler Ort sein soll, MLPD-Politik zu verbreiten ist überdies fragwürdig. Selbst das europäische Kontinentalkomitee der ICOR schaffte es hier den Charakter klarer als die MLPD darzustellen: „Das Europaparlament ist ein Teil der demokratischen Fassade der EU, die die Alleinherrschaft der Monopole in der EU verdecken soll. Im Unterschied zu nationalen Parlamenten hat es noch nicht einmal formal das Recht, Gesetze zu verabschieden. Entscheidungen trifft der Rat der Europäischen Union, d.h. die jeweiligen Staats- und Regierungschefs beziehungsweise der Ministerrat mit den Länder-Fachministern. Hat

das Parlament einen Mehrheitsbeschluss gefasst, tritt er erst nach Zustimmung des Europäischen Rats in Kraft. Letztlich haben sich aber die Organe der EU den Interessen der europäischen Monopole unterzuordnen. Die Organe der EU sind ebenso wie die der einzelnen Staaten mit den Organen der internationalen Monopolverbände Europas verschmolzen und setzen deren Interessen auch gegenüber den einzelnen Nationalstaaten durch.“⁷

Dass das Europaparlament ohnehin im Vergleich zu den anderen Organen der Europäischen Union eine äußerst unbedeutende Rolle einnimmt und defacto, trotz gewisser Zentralisierungstendenzen, ein Scheinparlament ist, macht den Wahlkampf der MLPD keineswegs besser.

Ausgesprochen schädlich wird die Angelegenheit dabei auch, wenn im Zentralorgan folgende Aussagen verbreitet werden: „Wahlboykott oder eine Stimme für die bürgerlichen Monopolparteien sind verschenkte Stimme[sic!]“. ⁸ Die Sache mit den Monopolparteien ist klar, aber den Wahlboykott als politische Form des Protests der ArbeiterInnenklasse gegen die herrschenden Zustände dermaßen zu diskreditieren und mit der Wahl von AFD, CDU, SPD usw. in einen Topf zu werfen, unterstreicht lediglich das kleinbürgerliche Streben dieser Partei nach Sitzen in irgendwelchen Parlamenten.

Diese absolute Fehleinschätzung verschlimmert sich noch in der Assoziation des Anstiegens der Wahlbeteiligung mit einer gestiegenen Politisierung und Polarisierung der Gesellschaft.⁹

Die MLPD erdreistet sich sogar davon zu schreiben, die österreichische Regierungskrise würde „unmittelbar in Verbindung mit der Europawahl“ stehen.¹⁰

Es ist bekannt, dass die Bourgeoisie und ihr Informationsapparat einen ungeheuren materiellen und finanziellen Aufwand betreiben, um die Fassade der Legitimation ihrer Herrschaft in Form der bürgerlichen Demokratie aufrechtzuerhalten. Dass diese Wahlpropaganda unter Teilen der Volksmassen Anklang findet ist nichts Neues und sollte aufgrund der heutigen relativen Schwäche marxistisch-leninistisch-maoistischer Kräfte auch nicht verwundern. Jene Kräfte der ArbeiterInnenklasse oder subproletarischer Schichten, die bereits den Wahlboykott üben, gerade weil ihnen dieses System nichts bringt, vor den Kopf zu sto-

⁷ <https://www.icor.info/2019/referat-zum-imperialistischen-charakter-der-eu>

⁸ Rote Fahne (MLPD) Nr. 10/2019, 17

⁹ Vgl. <https://www.mlpd.de/2019/05/erfolgreiche-pionierarbeit-der-internationalistischen-liste-mlpd>

¹⁰ <https://www.rf-news.de/2019/kw22/krise-der-eu-versus-icor-europa>

⁶ Rote Fahne (MLPD) Nr. 10/2019, 26

ßen oder zu beschwichtigen ist genau der falsche Weg.

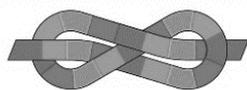
www.inter-liste.de

Rebellion gegen die imperialistische EU

Konsequent.

Internationalistische Liste

MLPD



Das Bild darf in diesem Eigenem mit unbedingter Zustimmung des Exekutives bzw. Mitbestimmten verwendet werden. V.S.P. Jakob Hübner, Vorstand der I.L. 4/2019

Anstatt den Charakter und die Stoßrichtung bestehender und entstehender Bewegungen zu analysieren und eine konkrete Strategie zum Eingreifen durch die KommunistInnen zu erarbeiten, verfällt die MLPD in den für Rechtsopportunisten so typischen ‚Bewegungsoptimismus‘. „Die fortschrittlichen Proteste sind breit und überparteilich zusammengesetzt – von ‚Religion bis Revolution‘. Das macht die Stärke der Bewegung aus. Der überparteiliche Protest wurde von der MLPD immer gefördert. Und natürlich ist es richtig, gegen die Rechtsentwicklung der Regierung mit allen ehrlichen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, auch aus der SPD, der CDU oder den Grünen. Aber es darf auch nicht verschwiegen werden, dass die Führungen und der offizielle Kurs dieser Parteien selbst aktiv die Rechtsentwicklung tragen und sich an der Unterdrückung linker, revolutionärer Kräfte beteiligen.“¹¹ Allgemein geht die MLPD von einem Aufschwung der Kämpfe und einem fortschrittlichen Stimmungsumschwung im Zuge der reaktionären Entwicklung aus. Die Stimmenzuwächse für die Grünen und pro-europäischen Parteien seien ein Ausdruck dessen.

Insofern muss auch die Idee einer Antiimperialistischen Einheitsfront, welche seit einiger Zeit von

der ICOR propagiert wird, kritisch betrachtet werden, da die Orientierung auf reine Propaganda zu bürgerlichen Wahlen und in Konsequenz die Stärkung der kleinbürgerlich-neorevisionistischen MLPD ein falscher Weg ist.

Und wie sieht die Sache in Österreich aus...

Die Fixierung der MLPD auf bürgerliche Wahlen aller Ebenen kann, trotz aller Beteuerungen, dass es sich um eine an sich taktische Vorgehensweise handelt, nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in ihrem neorevisionistischen Theoriekonstrukt einen stark antimonopolistischen Kurs fährt. Dies wirft unweigerlich Parallelen zu der heimischen Situation auf.

Wir meinen, es erübrigt sich über Parteien wie die eurorevisionistische und praktisch sozialdemokratische ‚K‘PÖ zu sprechen. Klar sie steht links der SPÖ und der Grünen. Sie ist aber eine klassische linksliberale, bürgerliche Partei. Auch bei der trotzkistischen SLP gibt es wenig Interessantes zu sagen. Auch sie wird versuchen, mit lokalen Listen ab Herbst einen Wahlkampf zu führen.

Etwas interessanter ist die Sache bei der PdA. Zwar hat diese Partei aufgrund ihrer chruschtschowschen und breschnewschen Prägung einen demokratischen Weg zum Sozialismus nie abgelehnt, aber sie hat nach einigen eher blamablen Stimmergebnissen in Wien mehrmals indirekt oder direkt zur Stimmenthaltung aufgerufen. Mit Sommer 2019 scheint sich das aber wieder zu ändern und aus der Mottenkiste der Ideen kommt so einiges hervor. So schreibt etwa Otto Bruckner, der Vorsitzende der PdA: „Ich wage zu behaupten, dass die Chance, eine Liste mit klassenkämpferischem Programm in den Nationalrat zu bringen, schon seit Jahrzehnten nicht so gut waren wie jetzt, und sich eine historische Chance auftut...Die einzige Möglichkeit, die wir sehen würden, wäre eine linke Bündnisliste, die sich auf einige wenige Punkte konzentriert, wie etwa ‚Weg mit dem 12-Stunden-Tag‘, Mindestlohn, soziale Sicherheit, leistbares Wohnen und Politiker mit sauberen Händen.“¹²

Nun, ob es sich da jetzt um die Vorstellungen eines Aufbruch 2.0, eines Mosaik-Blogs oder sonst irgendwas handeln soll, ist nicht ganz klar. Vorreiter soll aber die steirische KPÖ sein. Weil die ist so revolutionär...äh nein... die hat die Medienpräsenz! Genau! –Das kommt doch schon fast an die Eloquenz der Kurz’schen Medienberater heran!

Aber Scherz beiseite. Die Kurz/Strache Regie-

¹¹ https://www.rf-news.de/2019/kw20/flugblatt_grossdemo-eu-fuer-alle_web-1.pdf

¹² <http://parteierarbeit.at/?p=5381>

rung ist auseinandergefliegen. Nicht durch zutun der Bewegung gleich, ob von den Arbeiteraristokraten des ÖGB oder den Donnerstagsdemos, das ist richtig, sondern durch die Macht- und Mediengleichheit ihrer Protagonisten und derer, die das ausnutzten. Ganz gleich, ob nun im Ibiza-Video selbst oder der ‚Aufarbeitung‘ seitens ÖVP und FPÖ.

Für die ArbeiterInnenklasse war diese Regierung eine Niederlage und das nicht nur durch die sozialfeindlichen und rassistischen Maßnahmen von Kurz, Strache, Kickl & Co., sondern auch durch ein, in erster Linie von der Sozialdemokratie erzeugtes Beschwichtigen, um keine konkreten und kämpferischen Maßnahmen zu setzen. Selbst unter bewussten Kräften in der ArbeiterInnenklasse ist die bürgerliche Wahllillusion und der Glaube, man müsse über die Urne irgendwie den ‚Linksruck‘ voranbringen, um alles wieder irgendwie ins Lot zu bringen, weit verbreitet. Die Arbeiterbürokraten der SPÖ, die, wie die letzten Jahrzehnte zeigen, eine nicht minder arbeitertInnenfeindliche Politik mitbetrieben haben, wird's freuen. Vielleicht ja ab September in Koalition mit der FPÖ.

Was die Krise um das Ibiza-Video aber einmal mehr offenbarte, neben allerlei faschistoiden Allmachtsfantasien, Korruption, Sexismus, Trunksucht und Sexgeschichten ist die Verlogenheit und die Heuchelei im bürgerlichen Apparat. Und gerade in einer Zeit massiver Unzufriedenheit mit den politischen Eliten aller bürgerli-

cher Parteien in der Bevölkerung, gilt es diese innerhalb der ArbeiterInnenklasse und den Volksmassen zu verstärken. In der Situation der Krise der bürgerlichen Parteien und des Parlamentarismus ist es die Aufgabe der wirklichen KommunistInnen an der Entlarvung des reaktionären Charakters dieses Systems festzuhalten und die Krise weiter voranzutreiben.

Es ist klar, dass wir uns jetzt nicht in einer revolutionären Situation befinden und die Mehrheit der Massen der ganzen Sache eher mit einer österreichischen Form von Gleichgültigkeit, Obrigkeitdenken oder sogar Gelassenheit gegenübersteht. Aber gerade das ist doch ein entscheidendes Problem für die österreichische ArbeiterInnenklasse seit 1950. Jetzt mit wahltaktischen Manövern jene einzulullen und damit den Glauben in die bürgerliche Demokratie und das Verständnis des parlamentarischen Kretinismus zu bestärken heißt einerseits, den bewusstesten Teilen des Proletariats hinterherzuhinken und andererseits in den Sirengesang der bürgerlichen Propaganda mit einzustimmen.

Für die Neuwahl zum Nationalrat im September kann daher auch nur eins gelten:

Auf zur Staatskrise!

Für Propagierung des aktiven Wahlboykotts auf allen Ebenen!

Das bürgerliche System hat sich wieder einmal selbst entlarvt. Kämpfen wir für seine endgültige Zerschlagung!



Gemeinsame Stellungnahme zu den EU-Parlamentswahlen

Die europäischen Wahlen gehören nicht den Völkern!

Sie gehören den multinationalen Konzernen und den Imperialisten!

Keine Stimmabgabe! Verurteilung der Europäischen Union!

Die Europaparlamentswahl im Mai findet zu einer Zeit statt, in der das reaktionäre Wesen und die Rolle der Europäischen Union (EU) vollständig offenbart wird. Die EU funktioniert unter dem Gesetz des Stärkeren; die mächtigen imperialistischen Staaten und Monopole herrschen und bürden uns ihre Politik und Interessen auf.

Über die Jahre der kapitalistischen Krise, hat die EU ihre barbarische Politik gegen die ArbeiterInnenklasse und die Völker mit dem Ziel der Bewahrung und des Anstiegens der Profite der multinationalen Konzerne, Kapitalisten, Banker und Monopolgruppen verstärkt. Diese haben einen Sturm von arbeiterInnenfeindlichen Maßnahmen befördert, etwa in Form von drastischen Lohnsenkungen, Angriffen auf Gewerkschaften und das Streikrecht, was zu einem zurücksetzten des Lebensstandards und der Rechte der ArbeiterInnenklasse und der Völker um Jahrzehnte geführt hat. Das ist der Fall in allen EU-Mitgliedsstaaten. Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut, nicht nur im Süden sondern auch Norden Europas, haben Millionen von Werktätigen und jungen Menschen getroffen. Sozialleistungen werden gekürzt oder abgeschafft, staatliche Unternehmen werden von Kapitalisten übernommen und Teile des Mittelstandes finanziell vernichtet. Die EU und die Kapitalisten, die über sie herrschen, haben die Gesellschaften in einen Dschungel von Ausbeutung, Wettkampf und historischen Rückschritt verwandelt. Der lange und heftige Kampf des französischen Volkes und der Werktätigen gegen Macron's Sparmaßnahmen und mörderische Repression ist ein deutlicher Beweis dafür. Die sofortige Bezahlung der Reparaturen Notre Dame ist nochmal ein Beweis für die unverschämte Heuchelei der Bourgeoisie, welche vor Reichtum überströmt und zur gleichen Zeit der ArbeiterInnenklasse und den Volksmassen Frankreichs Sparmaßnahmen aufzwingt.

Aufgrund dieser antisozialen Politik, wurden die reaktionären, rassistischen, nationalistischen und faschistischen Kräfte in allen EU-Mitgliedsstaaten gestärkt. Diese Kräfte sind keine Gegner der Kapitalisten und Imperialisten, auch wenn sie sich so darstellen. Sie sind Propagandisten und Unterstützer extrem arbeiterInnenfeindlicher Maßnah-

men und treiben das öffentliche Leben in Richtung Faschismus. Sie vertreten die extremsten Kräfte kapitalistischer Ausbeutung und sozialer, ethnischer, religiöser, kultureller und geschlechtlicher Unterdrückung. Sie sind die Kräfte, die den Weg bereiten hin zu Krieg und der Abschachtung der Werktätigen und der Völker Europas.

Die EU ist ein reaktionäres Konstrukt der kapitalistisch-imperialistischen Eliten, welches historisch zum Scheitern verurteilt ist. Es ist eine reaktionäre Allianz mit inneren Widersprüchen und Sackgassen. Die Entwicklungen rund um den Brexit bestätigen diese Annahme. Die EU gleicht einem Labor mit dem Ziel eine Politik gegen die Werktätigen und Völker zu entwickeln und den von den Werktätigen und Volksmassen der abhängigen, neokolonialen Ländern produzierten Reichtum auszuplündern. Es ist eine neue „Heilige Allianz“ gegen die ArbeiterInnenklasse, die sozialen Widerstandsbewegungen, gegen den Migrationsstrom und die Volkskämpfe für nationale und soziale Befreiung.

Die EU hat, gemeinsam mit, aber zur gleichen Zeit auch eigenständig von, den USA und anderen imperialistischen Ländern, eine führende Rolle in der Verteidigung der weltweiten Herrschaft des Kapitals und der multinationalen Konzerne. Sie unterstützt die imperialistischen wirtschaftlichen und militärischen Interventionen und raubt den halbkolonialen und abhängigen Ländern ihre natürlichen und menschlichen Reichtümer. Allein in den letzten Jahren hat sie direkt und aktiv –oder auch indirekt– die militärischen Interventionen in Libyen, Mali und der Zentralafrikanischen Republik unterstützt. Sie hat den Bürgerkrieg in Syrien mitangezettelt und war führend in der Eskalation der inneren Krise, des Blutvergießens und dem Risiko der Aufteilung der Ukraine. Sie fördert die imperialistische Kampagne gegen die Volksmassen Venezuelas und nimmt teil an den illegalen Wirtschaftssanktionen und der Unterstützung von verfassungsfeindlichen Initiativen der Opposition. In ihrer Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten unterstützt sie auch aktiv die sogenannte Anti-Terror Kampagne gegen die Befreiungs- und revolutionären Volksbewegungen. Sie wendet eine harte anti-Einwanderungspolitik an und baut gesetzliche und reale Barrieren und Mauern gegen verzweifelte MigrantInnen und Flüchtlinge und sie ist verantwortlich für tausende von Toten an ihrer Grenze. Sie verbreitet eine antikommunistische Hysterie und mit ihrer Politik verstärkt sie den Aufschwung von Rassismus, Faschismus und Nazibanden.

Sie drängt nach der Einführung strenger Maßnahmen zur Unterdrückung und Reduzierung demokratischer Rechte.

Das Europäische Parlament – und die direkte Wahl in den EU-Mitgliedsstaaten – ist ein gut geplantes Projekt zum Bau einer demokratischen Fassade für diese reaktionäre Allianz der europäischen Bourgeoisie. Es ist ein Werkzeug zur Desorientierung der Widerstandsbewegungen der Völker und der ArbeiterInnen. Es ist eine Institution zur Bestätigung der reaktionären Politik der europäischen Kommission, des Europäischen Rats und dem Rat der Europäischen Union. Es dient der Rechtfertigung von Maßnahmen gegen Bewegungen der sozialen und nationalen Befreiung und fördert den Antikommunismus. Es ist eine Einrichtung die seit ihrer Existenz zerstörerisch in den Augen der europäischen Völker handelt. Das ist auch der Grund warum es mit so einer vollständigen Missbilligung in Form der geringen Wahlbeteiligung in den Europawahlen konfrontiert ist.

Das sogenannte Europaparlament ist ein Konstrukt der Mächtigen und keine erfüllte Forderung der Kämpfe und der Bewegungen der europäischen Völker. All diese Jahre der Barbarei wurde es mit der Politik der Kapitalisten und der Imperialisten identifiziert. Es ist keinesfalls ein bloßer "Elefantenfriedhof", wo einige stille und hochbezahlte Parlamentsmitglieder sitzen, die nur wissen wie man applaudiert und unterschreibt; sondern eine Körperschaft von Unterstützern und Propagandisten der verfaulten kapitalistischen Europa-Idee, die nichts mit der langhergehenden Forderung und der Notwendigkeit nach Geschwisterlichkeit und gemeinsamen Kampf der Werktätigen und der Völker von Europa zu tun hat. Diese Notwendigkeit kann nur in den Kämpfen zum Sturz dieser barbarischen und reaktionären Allianz von Kapitalisten und Imperialisten verwirklicht werden.

Gegen alle von ihnen, gegen die EU und die Regierungen der Mitgliedsstaaten, gegen die kapitalistische Barbarei und den Imperialismus muss die Kraft der kämpfenden ArbeiterInnenklasse und der Volksbewegungen wieder erheben. Wir kämpfen um die internationale Solidarität und darum, die gemeinsamen Kämpfe zu stärken und wir verteidigen das Recht der Völker ihren eigenen Weg der Entwicklung und der sozialen Organisation zu wählen. Wir unterstützen den Widerstand gegen die Politik der EU. Wir bekämpfen vehement den Aufschwung des Faschismus, des Rassismus und des Neonazismus. Wir stehen für eine sozialistische Perspektive der Völker und der ArbeiterInnenklasse.

Wir, die gemeinsamen Unterzeichner dieser öf-

fentlichen Erklärung, Linke und kommunistische Organisationen und Parteien aus europäischen Ländern, wenden uns an die Werktätigen, die Arbeitslosen, die Jugend, die ImmigrantInnen und alle fortschrittlichen und kämpfenden Menschen und an die Widerstandsbewegungen gegen kapitalistische Barbarei und Imperialismus. Wir rufen sie dazu auf, aktiven Widerstand gegen die Politik der EU zu leisten, mit dem ultimativen Ziel der Zerschlagung dieser imperialistischen reaktionären Allianz. Wir kämpfen für den Austritt/Rückzug unserer Länder aus der EU*. Wir rufen zum massiven Wahlboykott dieser Farce von europäischen Wahlen auf und kämpfen dafür die passive Aktion in eine massive und militante Bewegung gegen die EU zu verwandeln.

NEIN ZUR EUROPÄISCHEN UNION DER KAPITALISTEN UND IMPERIALISTEN!

KEINE STIMMABGABE FÜR DIE EUROPAWAHLEN!

GEGEN DIE ARBEITERINNENFEINDLICHE MASSNAHMEN DER AUSTERITÄTS-POLITIK UND DER SOZIALEN BARBAREI!

INTERNATIONALISTISCHE, ANTI-IMPERIALISTISCHE KLASSENFRONT DER EUROPÄISCHEN WERKTÄTIGEN UND VÖLKER GEGEN KRIEG; RASSISMUS UND FASCHISMUS!

Mai 2019

Democracy and Class struggle – Wales
Komitee für den Aufbau einer maoistischen Kommunistischen Partei Galicien – Spanischer Staat
Kommunistische Partei Griechenlands (marxistisch-leninistisch) KKE-ML
Marxistisch-Leninistische Partei Italiens (PMLI)
Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei (Österreich)
Jugendwiderstand – Deutschland
Marxism-Leninism-Maoism Ireland

Anmerkung der IA*RKP: Die IA*RKP vertritt für imperialistische Länder wie Österreich, die maßgeblich an der Gestaltung und Politik der EU beteiligt sind, die **Zerschlagung der EU. Für abhängige, neokoloniale Länder wie Griechenland unterstützt sie ausdrücklich das **Recht auf EU-Austritt**, wobei die konkreten Forderungen der dortigen Kommunist/innen grundsätzlich unterstützt werden.*

Kritik von GenossInnen an der "Gemeinsamen Stellungnahme zu den EU-Parlamentswahlen"

Diese Stellungnahme stammt offenkundig von der KKE(ml) und ist aus griechischer Sicht geschrieben. Das Problem ist, dass manches, was für Griechenland stimmt, für ein imperialistisches Kernland wie Österreich nicht stimmt.

An einigen Stellen wird gegen "*die EU*" aufgetreten, man müsse Widerstand gegen "*die EU*" leisten usw. Aus griechischer Sicht, d.h. aus der Sicht eines abhängigen Landes, ist das richtig, zumindest relativ richtig (auch dort darf man allerdings die griechische Bourgeoisie nicht vergessen), aus österreichischer (und EU-imperialistischer) Sicht ist es falsch. Überall in den imperialistischen Ländern wird die reaktionäre Politik tagaus tagein damit begründet oder gerechtfertigt, man könne leider nicht anders, weil "*die EU*" dies oder das täte oder beschlossen hätte usw. Und überall in den imperialistischen Ländern treten wir seit Jahr und Tag dagegen auf, indem wir zeigen, dass "*die EU*" gegen Deutschland und Frankreich überhaupt nichts beschließen könnte und dass außerdem in vielen Fragen Einstimmigkeit vorgesehen ist. Es gibt keine reaktionäre Maßnahme "*der EU*", die nicht eine reaktionäre Maßnahme der imperialistischen Staaten wäre, die die EU bilden. Und wir kämpfen halt nun einmal, jeder in seinem Land, gegen die eigene Bourgeoisie. Also: Nicht "*die EU*" hat z.B. diese oder jene Maßnahme verbochen, sondern der Rat, ergo auch der Herr Kurz, die Frau Merkel, der Herr Macron usw. Das Geseiere gegen "*die EU*" ist - in den imperialistischen Ländern der EU - erstens Ablenken und somit direkte Schützenhilfe für die eigene Bourgeoisie und zweitens Wasser auf die Mühlen derer, die darauf hereinfallen bzw. darauf spekulieren, dass die Leute darauf hereinfallen, dass "*die EU* an allem schuld ist". (Ja, an einer Stelle steht auch, dass hinter "*der EU*" die imperialistischen Staaten stecken ("*EU* und die Kapitalisten, die über sie herrschen"), aber eben nur an einer Stelle.) In Griechenland stellt sich das anders dar, dort muss die eigene Bourgeoisie gerade als Büttel bzw. Kapitulant gegenüber der EU angegriffen werden.

"Wir kämpfen für die Zerschlagung der EU (bis hierher ganz richtig!) und für den Austritt unserer Länder aus der EU". Nein, das tun wir nicht, jedenfalls bisher nicht! Für Griechenland ist die Austrittsforderung zumindest vertretbar, vielleicht auch richtig¹. Für uns und alle anderen imperialistischen EU-Länder ist sie falsch. Zumindest seit ein paar Jahren vertreten wir, dass die Austrittsforderung in den imperialistischen Ländern eine falsche Forderung ist. Wir haben das immer wieder geschrieben und begründet. Wieso stimmen wir plötzlich einer bisher als falsch betrachteten Forderung zu? Haben wir unsere Meinung geändert? Dann müssten wir das öffentlich begründen. Ist es nur ideologische und politische Schlamperei? Halten wir diese Frage für eine bedeutungslose oder bedeutungsarme Nuance? Das wäre noch schlimmer. Ich übersetze im Anhang einen aktuellen Text der OCML-VP, wo sie den nicht nur falschen, sondern direkt reaktionären Charakter der Austrittsforderung für imperialistische Länder darlegt.

Dann gibt es noch ein paar weniger wichtige, aber dennoch schiefe Formulierungen:

"Die EU und die Kapitalisten, die über sie herrschen, haben die Gesellschaften in einen Dschungel von Ausbeutung, Wettkampf und historischen Rückschritt verwandelt." "*Die EU*" hat verwandelt? Das hat nicht "*die EU*" und es ist auch nichts Neues. Warum das eine politisch kontraproduktive Formulierung ist - siehe oben.

Die Ultrareaktionäre, Faschisten etc. "treiben das öffentliche Leben in Richtung Faschismus". Das könnten sie aber nicht, jedenfalls nicht erfolgreich, wenn nicht die Bourgeoisie oder relevante Teile der Bourgeoisie dahinter stünde. Wir sagen doch seit Jahr und Tag, dass die Staatsmacht der Treiber in dieser Richtung ist, also in Frankreich der Macron, nicht die Le Pen, in Deutschland die CDU/CSU, SPD und FDP, nicht die AfD (wer beschließt denn dort z.B. die neuen Polizeiaufgabengesetze?), in Österreich hocken die Ultrareaktionären in Gestalt der FPÖ wie auch des Kurz-Flügels der ÖVP gemeinsam in der Regierung.

¹ Das müsste man näher analysieren, denn Griechenland ist zwar heute ein niedergedrücktes und vollständig abhängiges Land, aber die griechische Bourgeoisie hatte vor ihrer Krise selbst imperialistische Ambitionen und Aktivitäten gegenüber dem Balkan (und darüber hinaus) entwickelt und ist, auch wenn sie die letzten Jahre in der Bredouille war und noch ist, nicht dasselbe wie z.B. die bulgarische, rumänische usw.. Diese Frage zu beantworten ist in erster Linie Angelegenheit der griechischen Kommunisten.

Unsauber ist auch die Geschichte mit den "Eliten" - das ist eine analytisch leere, aber in der politischen Wirkung reaktionäre soziologische Kategorie, die man nicht verwenden sollte.

Zusammenfassend:

1. Der Text ist in den genannten Fragen für ein imperialistisches Land wie Österreich falsch. Und es sind das keine nebensächlichen Fragen. Die Lage in Griechenland ist nicht dieselbe wie in den imperialistischen EU-Ländern.
2. Es ist falsch und prinzipienlos, etwas zu unterschreiben, in dem - neben viel Richtigem, das ist unbestritten! - an zwei wichtigen Punkten das Gegenteil von dem vertreten wird, was wir für richtig halten und bisher vertreten haben.

ANHANG

Austritt aus der EU?

(Auszug aus einem Artikel "Fünf Fragen zu Europa" der OCML-VP in "partisan" no.13 aus Mai 2019)

... Einige "linke" und rechte Parteien schlagen, seit dem Brexit mehr und mehr, den Austritt aus der EU vor. Auf der rechten Seite vertritt der FN² die reaktionärste Version, aber auch ein Flügel der Republikaner und einige Faschisten treten dafür ein. Sie verlangen den Austritt aus der EU, "um wieder unsere eigenen Herren" zu werden und nicht mehr von den "Diktaten" der Europäischen Kommission abhängig zu sein. Ihr gemeinsamer Standpunkt ist die aggressive Verteidigung des französischen Kapitalismus in der europäischen und globalen Konkurrenzschlacht im Namen des französischen Patriotismus. Gleichzeitig profitieren alle diese Parteien gründlich von diesem System; der FN finanziert sich daraus mittels fiktiver Posten und nützt die EU, um Verbindungen mit ihresgleichen in Europa zu knüpfen.

Auf der "linken" Seite findet man die reformistische Version der Austrittsforderung in zahlreichen Schattierungen. Austritt oder mindestens Neuverhandlung der Europäischen Verträge (La France Insoumise). Gemeinsam ist ihnen eine Dosis Chauvinismus ("Sofortige und einseitige Maßnahmen zum Schutz der Interessen unserer Nation") und eine Dosis kleinbürgerlicher Demokratismus ("Demokratische, soziale und ökologische Neugestaltung der Europäischen Verträge"). Wieder einmal, Verteidigung des französischen Kapitalismus und demokratische Reformen, aber ohne die Macht der Bourgeoisie anzugreifen...

Diejenigen, ob "links" oder rechts, die die Attacken gegen die arbeitenden Massen "Europa" zuschreiben, lenken unseren Zorn auf die Hampelmänner des Kapitals statt gegen es selbst. Sie nähren den nationalen Rückzug und den Chauvinismus, welche uns spalten. Sie schüren in uns die Illusion, dass alles besser wäre, wenn es wieder so etwas wie das Nachkriegsfrankreich gäbe.

Die "Linke", die sich patriotisch geriert, zählt auf Grenzen und eine Verstärkung der Rolle des Staates zum Schutz der Interessen der Arbeiter. Tatsächlich spaltet diese "Linke" die Arbeiterklasse in Frankreich, die multinational ist und die dieselben Interessen hat wie die anderen Arbeiter auf der Welt. Sie kritisiert den Mangel an Demokratie in Europa und das Gewicht der Lobbys in Brüssel. Aber ist der nationale Parlamentarismus etwa demokratischer? Wenn das so wäre, dann hieße das, dass die Abgeordneten zum französischen Parlament noch nie ihre Wahlversprechen gebrochen hätten, dass der französische Staat nicht im Dienste des französischen Kapitalismus stünde, seiner Interessen gegen die Arbeiter in Frankreich und weltweit gegen die beherrschten Völker und die imperialistischen Konkurrenten.

Die Kraft unserer Klasse, das ist nicht die Kraft des französischen Staates gegen seine imperialistischen Konkurrenten, das ist die Solidarität aller Ausgebeuteten untereinander und unsere Organisation über die Grenzen hinaus. Das ist der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten, um mit der kapitalistischen und imperialistischen Ausbeutung und Herrschaft Schluss zu machen, sei sie französisch, europäisch, amerikanisch ... Das ist der gemeinsame Kampf, um die Konkurrenz zwischen uns zu überwinden. Das ist der gemeinsame Kampf, um gemeinsam eine von Ausbeutung befreite, weil durch die assoziierten Arbeiter selbst geleitete und organisierte Gesellschaft aufzubauen.

Also, die EU verlassen oder drin bleiben - das bleibt sich egal. Wir sagen: Nicht aus "Europa" gilt es auszutreten, sondern aus dem Kapitalismus!

² Der Front National hat sich inzwischen in Rassemblement National umbenannt, heißt aber im Sprachgebrauch immer noch FN.

Für die Zerschlagung der EU! Für den Sozialismus!

(Aus den EU-Thesen der IA*RKP 2014)

Die EU ist ein **imperialistisches Projekt**. Sie ist ein nicht abgeschlossenes Entwicklungsprojekt des Finanzkapitals (Banken und Konzerne) mehrerer europäischer Länder, die einen Block im Ringen um die Weltherrschaft bilden. Maßgebend ist dabei die Konkurrenz zum us-amerikanischen Imperialismus, der seit Jahrzehnten führenden imperialistischen Großmacht.

Formal geht es um den einheitlichen Wirtschaftsraum und die gemeinsame Wirtschaftspolitik, Das ist die Basis für eine einheitliche Innen-, Justiz- und „Sicherheits“-politik ebenso wie eine vereinheitlichte Militär- und Außenpolitik. Da in der zwischenimperialistischen Konkurrenz Kriege unvermeidlich sind, sind die Aufrüstung in allen Bereichen und die Erhöhung der weltweiten Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des Militärs Kernbereiche der EU.

Die EU zielt derzeit auf die Schaffung und Stabilisierung von Entscheidungs- und Verwaltungsgremien ab, die für die Interessen des europäischen Finanzkapitals vorrangig sind. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Festigung von zentralen Institutionen, die trotz der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen EU-Mächten handlungsfähig sind. Dieser Integrationsprozess („Lissabon-Vertrag“ usw.) zielt auf die Befestigung der Vorherrschaft der großen imperialistischen Mächte.

Hauptzweck der EU ist es, den USA-Imperialismus zu überflügeln. Dazu gehört aber auch das gemeinsame Auftreten gegenüber dem russischen, chinesischen und japanischen Imperialismus, sowie gegenüber den aufstrebenden Mächten Indien und Brasilien. Ebenso geht es um die Koordination der Angriffe auf die Arbeiter/innenklasse in Europa und auf die Völker der Neokolonien in und außerhalb Europas. Ziel ist der organisierte Abbau sozialer und demokratischer Rechte („Balkenstein-Richtlinie“ usw.). Eine einheitliche Regelung sozialer und demokratischer Mindeststandards ist kein Anliegen der EU.

Der **Abbau demokratischen Rechte** (Faschisierung) wird zentral gesteuert und insgesamt und in einzelnen Ländern vorangetrieben.

Ein **neuer Staatsapparat** wird geschaffen. Die EU ist kein föderativer Staatenbund (wie etwa die USA), sondern ein Völkerkerker. Die bisher entwickelte

Staatsapparat der EU entspricht nicht den traditionellen Formen von Staaten der aufsteigenden Bourgeoisie nach dem Modell der USA und der Französischen Revolution, sondern konzentriert sich auf wenige Kernbereiche: Außen- und Militärpolitik, Wirtschafts- und Währungseinheit, Aufstandsbekämpfung, Drogen- und Menschenhandel. Weiters sind im wirtschaftlichen Bereich bestimmte aggressive Maßnahmen des Monopolkapitals wie z.B. derzeit eine monetaristische, „neoliberale“ Wirtschaftspolitik vertraglich verankert. In allen diesen Bereichen steht das EU-Recht über nationalen Gesetzen.

Andere traditionelle staatliche Aufgaben wie demokratische Vertretung und innere Verwaltung, Sozialversorgung, Gesundheit, Bildung, öffentliche Dienste, Minderheitenrechte, Arbeitsrecht usw. werden von der EU als „Regionalangelegenheiten“ behandelt. Entscheidend für die EU-Gesetzgebung sind die ernannten Kommissare, für die Militärpolitik das Rüstungsamt, für die Wirtschafts- und Währungspolitik die Europäische Zentralbank usw., während das sogenannte EU-Parlament als bürokratisch-demokratische Fassade dient.

Die Teilstaaten der EU haben weitreichende staatliche Souveränitätsrechte auf die EU-Institutionen übertragen und damit ein neues staatliches Gebilde geschaffen, das deutlich über internationale Bündnisverträge souveräner Staaten hinaus geht. Das bedeutet aber nicht, dass die zwischenimperialistischen Widersprüche innerhalb der EU überwunden wären, und eine Spaltung der EU in zwei oder mehrere Teile ist wahrscheinlich, wenn die die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spannungen weltweit zunehmen.

Die wichtigsten imperialistischen Mächte in der EU sind die Großmächte Deutschland, Frankreich, Britannien;. Dabei sind Deutschland und Frankreich federführend, während Britannien eigene Akzente setzt. Dazu kommen Italien und Spanien. Es gibt sowohl zwischenimperialistische Konkurrenz als auch Zusammenarbeit in der EU, wobei die Allianzen wechseln. Grundlage für die Schaffung der EU war das strategische Bündnis zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus seit Ende der 1940er Jahre (EGKS, EURATOM, EWG, WEU). Innerhalb der EU sind die Widersprüche zum britischen

Imperialismus besonders tief, der in vielen Fragen eine eigenständige Außen- und Militärpolitik an der Seite des USA-Imperialismus betreibt.

Das Finanzkapital der **kleineren imperialistischen Länder der EU** ist ebenfalls aktiv am EU-Projekt beteiligt. Soweit die Souveränität kleinerer Imperialisten bedeutend eingeschränkt wird, ist das vor allem auf das Interesse des einheimischen Finanzkapitals zurückzuführen (um größeren Aktionsspielraum und dementsprechend bessere Profitancen zu erreichen).

Viele Länder und große Regionen der EU sind auf den Status von **Halbkolonien** bzw. **Neokolonien** gedrückt. Dazu gehören vor allem die Länder im Osten und Süden.

Die imperialistischen EU-Länder machen einen Teil der Bourgeoisie diese Länder zu ihren Kompradoren, um sie fester an die EU zu binden. Dabei geht es vor allem um die Sicherung billiger Arbeitskräfte und sicherer Absatzmärkte in Konkurrenz zum russischen, chinesischen und us-amerikanischen Imperialismus.

Die Einbeziehung weiterer Länder in den neokolonialen Halbkreis um die imperialistischen EU-Kernländer ist klar definiertes Ziel der EU. Während der deutsche und österreichische Imperialismus die Ausdehnung nach Osten und Südosten forcieren, betreiben der französische und italienische Imperialismus vor allem den Anschluss der Mittelmeerländer.

Die imperialistische Beteiligung Österreichs an der EU hat seine internationale Bedeutung wesentlich erhöht. Österreich ist ein kleines imperialistisches Land. Sein internationales Gewicht ist durch den Beitritt zur EU stark gewachsen. Von 1918 bis Mitte der 1960er Jahre betrieb Österreich nahezu keinen Kapitalexport (Anlage von überschüssigem Kapital im Ausland zur Erhöhung der Profite). Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde der österreichische Kapitalismus modernisiert und parallel dazu wuchsen die österreichischen Investitionen im Ausland. Seit 2000 übersteigt der Kapitalexport deutlich den Kapitalimport. Im selben Zeitraum wurden im Militär international einsatzfähige Truppeneinheiten geschaffen und erprobt. Heute ist das österreichische Militär im Rahmen der EU

an verschiedenen Plätzen weltweit im Einsatz.

Während bis kurz vor Ende des 20. Jahrhunderts der sogenannte „Osthandel“ die Außenwirtschaft Österreichs bestimmte, haben seit dem EU-Beitritt die **imperialistischen Direktinvestitionen in Ost- und Südosteuropa** explosiv zugenommen. Sie stellen heute das entscheidende Merkmal des österreichischen Imperialismus dar. In einem Dutzend Ländern Osteuropas und des Balkan ist Österreich heute unter den fünf wichtigsten imperialistischen Investoren und Ausbeutern, in etwa der Hälfte davon seit Jahren Spitzenreiter (an 1.-3. Stelle in: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Bulgarien, Slowenien, Rumänien; Slowakei, Serbien, Ungarn, Tschechien, Ukraine)

Etwa ein Drittel davon ist allerdings Durchlaufkapital vor allem des deutschen und italienischen Imperialismus. Bis Mitte der 1990er Jahre spielte Österreich die **politische Rolle** eines imperialistischen „neutralen“ Vermittlers zu den Ländern des RGW und des Arabischen Raums. Seither tritt es als imperialistische Wirtschaftsmacht vor allem in den traditionellen Einflusszonen des österreichischen Imperialismus vor 1918 auf.

Seit dem EU-Beitritt spielt der österreichische Imperialismus wieder eine wichtigere **militärische Rolle** im internationalen Maßstab. Unter völliger Missachtung des Neutralitätsgesetzes von 1955 sind österreichische Truppen in seit über 10 Jahren in Bosnien und Kosovo im Einsatz; seit 2008 ist erstmals seit Ende des 2. Weltkriegs auch eine größere Militäreinheit außerhalb Europas zum Kampf gegen Terroristen und Rebellen ausgerückt (Tschad/Zentralafrika). Durch die EU ist es für Österreich jetzt möglich, auch ohne direkte Beteiligung des deutschen Imperialismus weltweite Truppenverlegungen durchzuführen.

Für die Zerschlagung der EU und die revolutionäre Orientierung auf Sozialismus!

Wir Revolutionären Kommunist/innen **nutzen die Widersprüche in der EU für den revolutionären Kampf**. Die Zerschlagung der EU ist für uns kein selbstständiges strategisches Ziel, sondern dem Kampf für die sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats untergeordnet.

Für die Entwicklung des revolutionären Kampfes nutzen wir eine Reihe von Wi-

dersprüchen, die sich mit der Schaffung der EU herausgebildet oder verschärft haben.

Die nach wie vor anhaltende Offensive zur Zerschlagung, Kommerzialisierung und **Privatisierung aller öffentlichen Einrichtungen** trifft innerhalb der EU vor allem die unteren Schichten der Arbeiter/innen und Werktätigen. Während die **Rechte des Kapitals** EU-weit gesetzlich festgelegt sind (z.B. AG-Gesetz), wird das Arbeits- und Sozialrecht zum Regionalrecht degradiert (z.B. keinerlei „Mitbestimmungsrechte“ im Europäischen AG-Gesetz). Kollektivverträge werden vom EUGH für ausländische Firmen als nicht verbindlich erklärt usw. Nach EU-Recht sind z.B. auch Bildung und Erziehung nicht Aufgabe des Staates.

Unser Weg ist der Aufbau einer breiten **Einheitsfront der Arbeiter/innenklasse und ihrer Verbündeten** für die Zerschlagung der EU, wobei das einheimische Monopolkapital auf Korn genommen werden muss. Ziel ist ein breites und dauerhaftes Bündnis der Anti-EU-Kräfte in Österreich unter Führung der Arbeiter/innenklasse mit dem Widerstand und Kampf der Arbeiterklasse und Volksmassen in anderen EU-Ländern und vor allem den Volksmassen der vom österreichischen Imperialismus neokolonial ausgebeuteten Länder innerhalb und außerhalb der EU.

Widersprüche zwischen der imperialistischen Offensive nach außen und der Arbeiter/innenklasse und Volksmassen von Ländern außerhalb der EU richten sich meist gegen eine bestimmte imperialistische Macht (z.B. Deutschland, Frankreich, England, Österreich) und nicht gegen die EU insgesamt. Insofern stehen für uns politisch die **Widersprüche unterdrückter Völker** speziell **gegen den österreichischen Imperialismus** im Vordergrund.

Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen EU-Mächten können aufgrund der derzeitigen Schwäche der Arbeiter/innenbewegung praktisch nicht genutzt werden ohne in Gefahr zu laufen, sich zum Spielball anderer Imperialisten zu machen.

EU-kritische Bewegungen verfolgen sehr unterschiedliche Ziele. Für sich genommen stellt ein Austritt des imperialistischen Österreichs aus der EU keine „Zwischenetappe“ auf dem Weg zur proletarischen Revolution dar. (Zugleich betonten wir aber, dass die Forderung des Austritts aus der EU bzw. des Nicht-

eintritts in diese für nicht-imperialistische und halbkoloniale Länder eine wesentlich andere Bedeutung hat.)

Die meisten derzeit in Österreich aktiven EU-kritischen Bewegungen sehen die EU nicht als feindliches imperialistisches Gebilde, sondern treten für Reformen innerhalb der EU ein. Viele glauben, dass nach der Durchsetzung der „Kapitalfreiheiten“ in der EU jetzt die Phase der „sozialen Rechte“ kommen müsse. Nur sehr wenige erkennen in der die EU ein monopolkapitalistisches Projekt – die es tun, schlagen meist einen unrealen antimonopolistischen Kurs für einen Kapitalismus unter Zurückdrängung der Monopole ein.

Einige rechte und faschistische Strömungen vernebeln völlig den Zusammenhang zwischen den Interessen des österreichischen Monopolkapitals und seiner Beteiligung an der EU. Sie gebärden sich als wütende EU-Gegner, lenken die empörten Arbeiter/innen und Volksmassen in die Irre, treten für eine Stärkung der „österreichischen Wirtschaft“ ein und stärken damit die Position des österreichischen Imperialismus innerhalb der EU.

Wir führen den **Kampf gegen die EU** in erster Linie als **Kampf gegen die „eigene“ imperialistische Bourgeoisie** und für ihren Sturz in einer proletarischen Revolution. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass bei einer kommenden revolutionären Welle allein in Österreich die Bedingungen für eine proletarische Machtübernahme heranreifen, sondern aufgrund der engen Verflechtung in der EU ebenso in einer Reihe von Nachbarländern. Das begünstigt unseren Kampf, erlaubt uns aber nicht, auf Hilfe und Unterstützung von außen zu hoffen oder gar zu warten. Unser größter Beitrag zur Zerschlagung der EU ist der Sturz der „eigenen“ Bourgeoisie.

Wir führen den **Kampf für die Zerschlagung der EU als Teil des Kampfes für den Sozialismus**. Unser strategisches Ziel ist der Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Arbeiter/innenmacht (Diktatur des Proletariats) in Form der Rätemacht. Dieses Ziel wird, wenn möglich, im Bündnis mit Rätebewegungen in benachbarten EU-Ländern, vor allem in den Neokolonien des österreichischen Imperialismus erreicht werden.

Die Offensive des Finanzkapitals stoppen!

IA.RKP-Rede am 1. Mai 2019

Liebe GenossInnen und KollegInnen!

Bevor ich mit der Rede anfangen möchte ich kurz was zu dem Theater um die Steuersenkung sagen, die die Regierung jetzt für 2022 angekündigt hat. Der Großteil, etwa zwei Drittel aller Staatseinnahmen aus Steuern und Abgaben kommt aus indirekten Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer, dazu die Getränkesteuer, Treibstoffsteuer usw. Davon sind wir ArbeiterInnen und Werk­tätige am meisten betroffen – und daran ändert die groß angekündigte Reform überhaupt nichts!

Liebe GenossInnen und KollegInnen!

Die heute wahrscheinlich dringendsten Probleme für große Teile der ArbeiterInnen sind die **Mindestsicherung**, die **Wohnungsnot** und die Verschärfung aller Repressionsgesetze, jetzt vor allem die **Sicherheitsverwahrung ohne strafrechtliche Verurteilung** – eine Maßnahme, die früher Anhaltelager oder Schutzhaft im Konzentrationslager geheißen hat.

Die ArbeiterInnen wurden von der Sozialdemokratie durch jahrzehntelange Sozialpartnerschaft unmündig und kraftlos gemacht. Umso leichter treibt die schwarzblaue Koalition die Angriffe auf Arbeitsbedingungen, Sozialversorgung, und Reallöhne immer weiter voran. Dazu kommen noch weiterer Abbau demokratischer Rechte und die umfassendere Bespitzelung und Polizeibefugnisse gegen Oppositionelle.

Diese umfassende neoliberale Offensive des Finanzkapitals ist nichts Neues und begann schon unter den SP-Koalitionsregierungen Mitte der 1980er Jahre mit der Zerschlagung der Verstaatlichten, der Privatisierung von öffentlichen Diensten und der Einführung von sogenannter ‚Privatvorsorge‘ auf allen Ebenen. Auch der systematische Abbau demokratischer Rechte und die Faschisierung des Staatsapparats begann damals in den 1980er Jahren mit den verschärften sogenannten Fremdengesetzen unter SP-Innenministern.

Aber auch z.B. die Pläne für die 60-Stundenwoche stammen noch von der SP-Kern-Regierung.

Das Tempo hat sich unter der neuen Regierung deutlich verschärft, und die Kürzung vieler gewerkschaftlicher und sozialer Errungenschaften wird jetzt mit rassistischen Hetzargumenten vernebelt. Das ist die Basis dafür, die ArbeiterInnen in neue Kriege um imperialistische Einflussgebiete zu hetzen.

Durch die rassistische Verhetzung und das tief verwurzelte Stellvertreterdenken ist die ArbeiterInnenklasse in Österreich wie gelähmt – ganz anders als beispielsweise die Gelbwesten in Frankreich – und viele klassenkämpferische Aktive können sich eine Veränderung nur mit der SPÖ vorstellen.

Liebe GenossInnen! Das ist widersinnig. Denn gerade aus Wut über die ständigen Verschlechterungen unter SP-Regierungen haben sich Teile der ArbeiterInnen der FPÖ zugewendet.

Auch in anderen europäischen Ländern zeigen sozialdemokratische Regierungen wie z.B. in Griechenland und Portugal, dass nur gegen diese und keinesfalls mit ihnen, Verbesserungen erkämpft werden können.

Die SPÖ ist eine der Parteien des Monopolkapitals und kommt halt mit anderen Versprechungen daher als die ÖVP oder FPÖ – die Politik der Profitsteigerung, des Sozialabbaus und der Faschisierung hat nur ein anderes, rosarotes, Mascherl.

Nur wenn es gelingt von der Basis her klassenkämpferische Bewegungen in den Betrieben und auf der Straße aufzubauen, kann es wirkliche Fortschritte im Kampf gegen die Kapitaloffensive geben.

Weltweit ist die ArbeiterInnenklasse mit der neoliberalen Offensive des Finanzkapitals konfrontiert – sowohl in den imperialistischen Ländern in der EU, in Nordamerika, China, Russland, Japan usw. als auch in den neokolonial abhängigen Ländern Südosteuropas, Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Ozeaniens. Die nächsten Ziele und unsere Kampfformen unterscheiden sich aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen im Klassenkampf z.T. deutlich – aber der Feind ist der gleiche: das kapitalistisch-imperialistische System.

Dieses kann in Europa nur durch den Sturz der Unterdrücker und ihrer Lakaien in einer sozialistischen Revolution beseitigt werden. Die sofortige Enteignung der Banken und Konzerne und die schrittweise Vergesellschaftlichung aller Produktionsmittel kann in Österreich und industrialisierten Ländern nur in einer proletarischen Revolution erfolgen. Dabei übernimmt die organisierte ArbeiterInnenklasse in Form von Räten die politische Macht und bekämpft rücksichtslos alle Feinde des Sozialismus. Der Klassenkampf muss im Sozialismus fortgesetzt werden, sonst kommt es zur selben Entwicklung wie in der Sowjetunion oder China, wo eine neue Bourgeoisie aus Parteibonzen den Kapitalismus wiederhergestellt hat.

Aktuelle Beispiele des Klassenkampfes in anderen Ländern zeigen, dass nur über den Aufbau von klassenkämpferischen Basisgruppen (vor allem in den Betrieben) auch Fortschritte bei der Mobilisierung noch unentschlossener und abwartender ArbeiterInnen gemacht werden können.

Aus allen diesen Gründen ist für wirkliche Fortschritte in Österreich eine kämpferische, revolutionäre Kommunistischen Partei notwendig, die nur in realen Kämpfen der ArbeiterInnen aufgebaut werden kann.

Vorwärts im Kampf für bessere Reallöhne und Arbeitsbedingungen!

Vorwärts im Kampf für die demokratischen Rechte der ArbeiterInnenklasse und der Volksmassen!

Internationale Solidarität mit den Kämpfen der ArbeiterInnen und Völker auf der ganzen Welt!

Nieder mit dem Imperialismus – es lebe die proletarische Revolution und der Sozialismus!

Hoch die internationale Solidarität!



DIE URTEILE GEGEN DIE MITGLIEDER DER ANATOLISCHEN FÖDERATION MÜSSEN AUFGEHOBEN WERDEN, SCHLUSS MIT DER REPRESSION!

Von 26. Februar bis 12. März 2019 fand in im Wiener Landesgericht der Prozess gegen die Anatolische Föderation Österreich statt. Wir fordern die Aufhebung der, im Zuge dieser Anklage gegen ihre Vorstandsmitglieder und AktivistInnen verhängten, ungerechten Urteile, sowie die Einstellung der Repression gegenüber freier Meinungsäußerung.

Dieses Gerichtsurteil war ein Schlag gegen all jene, die an Demokratie, Gerechtigkeit, Recht und Meinungsfreiheit in Europa glauben. Dieser Prozess hat erneut die Doppelmoral der bürgerlichen Demokratie gezeigt, bei der offenbar politische Interessen im Vordergrund stehen.

Was haben wir denn angeblich "verbrochen"?

- Die linke Zeitschrift Yürüyüs, die weder in der Türkei noch in Europa verboten ist zu lesen und zu verteilen.
- An der jährlichen 1. Mai-Demonstration in Wien teilzunehmen, einen Block zu formieren und in einheitlicher Kleidung zu marschieren.
- In einem Block der Volksfront die linke Hand zu einer Faust zu erheben und das Siegeszeichen zu zeigen.
- Bilder von Menschen auf Transparenten zu zeigen, die für die revolutionäre und sozialistische Idee gestorben sind.
- Lieder der breit bekannten Band Grup Yorum zu hören, Konzerte zu organisieren und Tickets zu verteilen.
- Festivals, Konzerte, Veranstaltungen und Fußballturniere zu veranstalten, um Menschen unterschiedlicher Kulturen zusammen zu bringen.

Während gegen Nazi-Verbindungen und deren UnterstützerInnen sowie gegen IS-Mörder so gut wie nichts unternommen wurde, sind wir für unsere "schweren Verbrechen" verurteilt worden.

Wir möchten nochmals klarstellen; wir werden unsere demokratischen Aktivitäten fortsetzen, selbst wenn ihr sie als "Straftaten" deklariert. Wir werden zu Ungerechtigkeit nicht schweigen. Wir werden überall dort, wo Unrecht, Ungerechtigkeit, Repression, Einschüchterung und Unterdrückung vorherrscht, unsere Stimme für Gerechtigkeit erheben und weiterhin revolutionäre Ideen verteidigen. Denn wir sind im Recht und unsere Arbeit ist legitim. Es ist kein Verbrechen, sozialistische, revolutionäre Ideen zu verteidigen, sondern Pflicht.

Wir werden uns solange wie nötig dafür einsetzen, damit diese Strafen aufgehoben werden.

Wir laden alle FreundInnen, GenossInnen, Menschen ein, diesen Widerstand zu unterstützen und gemeinsam für Gerechtigkeit einzutreten.

**ENDE DER REPRESSION GEGENÜBER DER ANATOLISCHEN FÖDERATION!
AUFHEBUNG DER URTEILE GEGENÜBER DER ANATOLISCHEN FÖDERATION!**

ANATOLISCHE FÖDERATION ÖSTERREICH

Staatliche Diffamierung in Österreich 2019 – Wir stellen uns dagegen!

Kritik am politischen Zionismus muss erlaubt bleiben - Nein zur amtlichen Diffamierung von Muslimen und linkem Antikolonialismus

Der sogenannte Antisemitismusbericht 2018 der damaligen österreichischen Bundesregierung folgte dem repressiven Trend rechtsnationalistischer Regierungen in Europa, bestimmte Gruppen in der Bevölkerung und bestimmte politische Kampagnen durch Denunzierung, Diffamierung und Diskreditierung zu ächten.

Schon die SPÖ/ÖVP Vorgängerregierung hatte mit dem Islamgesetz die Richtung, bestimmte Gruppen in der österreichischen Bevölkerung unter eine besondere Gesetzgebung zu stellen, vorgegeben. Damit unterstellt die österreichische Politik aller großen Parteien vor allem Menschen mit türkischen und arabischen Hintergründen eine bestimmte religiöse und politische Haltung, oftmals mit kulturrassistischen Zuschreibungen. Diese Unterstellung ist letztendlich identitär, weil sie Haltung und Herkunft mutwillig konstruiert und verbindet.

Außerdem sollen mit dem Antisemitismusbericht politische Standpunkte diffamiert, ausgegrenzt und letztendlich kriminalisiert werden. Dies zielt vor allem auf die legitime Kritik an der israelischen Politik bzw. auf die notwendige Solidarität mit den PalästinenserInnen. Anstatt deren humanistischen und demokratischen Zugang im Sinne eines „Gleichen Rechts für alle“ zu würdigen, wird Menschen, die diese Kritik und Solidarität üben, Antisemitismus als Grundmotiv unterstellt. Die österreichische Bundesregierung versuchte damit in einer absoluten, faktenfreien und ahistorischen Betrachtung und Vereinfachung, Antisemitismus und Antizionismus gleichzusetzen.

Diese Form der Politik hat vor allem in Österreich und Deutschland eine schreckliche Tradition. Und es sind heute genau die Parteien, die anderen Gruppen Antisemitismus unterstellen, die sich nie von den verschiedenen Spielarten des Faschismus und seinen rassistischen Denkmustern in vollem Umfang lossagen konnten. Umgekehrt hat die ÖVP, die historisch in der ideologischen Tradition der „Antisemitenliga“ zu verorten ist, größte Probleme bis heute, die Bilder von Dollfuß und Lueger aus ihren Räumen in das Kellerarchiv zu verräumen. Bei der FPÖ, deren Wurzeln im Deutschnationalismus und Nationalsozialismus liegen, und der wiederholt Verbindungen zu (Neo-)Nazis nachgewiesen werden konnten, tritt dieses unselige Erbe ohnehin oft zutage.

Diese damalige Regierung und die koalitierten Parteien überschlugen sich in der Bekundung ihrer Solidarität mit Israel. Einerseits um ihre Vergangenheit loszuwerden und andererseits um die ihnen gleichgesinnten Parteien in der israelischen Politik und deren Rückwirkung auf faschistoide Politiken in Europa zu unterstützen.

Die zwischen einer kulturellen und ethnischen Orientierung schwankende identitäre Mobilisierung nimmt Einfluss auf das Begründungsgebäude der Staaten. Vom demokratischen Staat aller seiner Bürger soll das Selbstverständnis verschoben werden hin zu einem Staat, der eine bestimmte Gruppe privilegiert und andere benachteiligt oder völlig ausgrenzt. In den Augen dieser identitären PolitikerInnen hat das zionistische Israel dafür auch eine Vorbildfunktion.

Diese Form der antidemokratischen und ausgrenzenden Argumentation kommt nicht (mehr) nur von rechtspopulistischen Parteien, Bewegungen und Regierungen. In Österreich wird diese Ausgrenzung durch den Antisemitismusvorwurf mittlerweile auch durch Institutionen betrieben, die dem traditionell linksliberalen Lager zuzuordnen sind. Hier wird ein nationaler bzw. europäischer „Burgfrieden“ quer durch alle parlamentarischen Parteien und Institutionen geschlossen, der den israelischen Staat von allen völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen freizusprechen sucht. Ein Beispiel dafür ist das in der historischen Aufarbeitung des Faschismus verdienstvolle Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DOEW). Andreas Peham, langjähriger Mitarbeiter des DOEW, bekannter Israel-Propagandist und Studienautor für VP-FP, spricht de facto die Regierungsparteien, die zwei Haupterben des historischen Antisemitismus, frei und liefert die Begründungen für die chauvinistische Kampagne der Regierung gegen Muslime, die zum Hauptfeind deklariert wurden. So viel zur Aushöhlung von „Wehret den Anfängen“.

DER BERICHT BENUTZT UNWISSENSCHAFTLICHE DEFINITIONEN UND METHODEN.

Hauptansatzpunkt der staatlichen und institutionellen Kriminalisierungsversuche gegenüber jeglicher Palästina-Solidarität und dem gleichzeitigen Schüren antimuslimischen Rassismus ist dabei eine Neudefinition des Antisemitismusbegriffs, der in Auftragsstudien die gewünschten Ergebnisse erzielen soll. In Österreich präsentierte dazu Nationalratspräsident Sobotka im März 2019 die Ergebnisse einer vom Parlament in Auftrag gegebenen Antisemitismusstudie, die Antisemitismus als Geisteshaltung vor allem muslimischen MigrantInnen zuschreibt – ein Ergebnis, das propagandistisch von der mit dem Rechtsextremismus in Verbindung stehenden FPÖ schon seit Jahren vorbereitet wurde. Der Bericht benutzt dabei unangemessene Methoden und unwissenschaftliche Vergleiche. So wurde bewusst eine „Aufstockungsgruppe“ türkisch- und arabischsprechender StudienteilnehmerInnen herangezogen, die jedoch, wie die VerfasserInnen der Studie im Übrigen selbst anführen, im Unterschied zur restlichen Gruppe nicht repräsentativ ist. Darüber hinaus wurde bei der „Aufstockungsgruppe“ nur eine Interviewform verwendet, bei den anderen TeilnehmerInnen hingegen wurden drei verschiedene Interviewformate miteinander kombiniert. Die StudienautorInnen führen selbst an, dass die betreffenden Stichproben nicht ausreichend gestreut werden konnten und eine Repräsentativität daher „nicht notwendigerweise gegeben“ sei. Auch die definitorischen Grundlagen selbst weisen eine klare politische Stoßrichtung auf, die mit einer unzulässigen und in letzter Instanz unredlichen Gleichsetzung einen politischen Standpunkt festzuschreiben sucht: Die Ablehnung des politischen Zionismus als jüdischem Nationalismus sei Antisemitismus. Damit wird die israelische Doktrin übernommen und jede politische Kritik am Zionismus tabuisiert.

Gleichzeitig lassen sich die Studienergebnisse politisch nutzen, um dem antimuslimischen Rassismus ein neues – vermeintlich wissenschaftliches – Fundament zu liefern: Antisemitismus erscheint als muslimisch/arabisch/türkisches Phänomen. Damit wurde der Kurzschluss zur von der FPÖ lange propagierten „These“ des „importierten Antisemitismus“ vollzogen. Konsequenterweise wird als Gegenmaßnahme von der ÖVP- Staatssekretärin Edtstadler ein verpflichtender KZ-Mauthausen-Besuch für MuslimInnen und eine „Dokumentationsstelle für den politischen Islam“ gefordert.

DIE ARGUMENTATION IST IDENTITÄR UND FOLGT DAMIT DEM TRADITIONELLEN MUSTER DES ANTISEMITISMUS.

Die Umdeutung und Neuinterpretation der Antisemitismusdefinition – inhaltlich mit den Definitionen der zionistischen Netanjahu-Regierung synchronisiert – erfolgt dabei entlang der klassischen antisemitischen Tradition. Sie ist im Kern identitär, geht sie ideologisch doch von einer geschlossenen, ethnisch homogenen „Kultur“ aus, deren „Reinheit“ von den ethnisch, religiös und kulturell „Anderen“ bedroht sei: MuslimInnen, AraberInnen, TürkinInnen. Staat und Gesellschaft hätten „völkisch“ einheitlich zu sein, zumindest aber nach „völkischen“ Kriterien regiert, beherrscht zu werden: Das „christlich-jüdische Europa“ ähnlich wie der „jüdische Staat Israel“. Das Judentum in seiner ganzen Vielfalt wird zu einer vermeintlich politischen homogenen Ideologie zusammengeschmolzen: dem politischen Zionismus. Jegliche jüdische Opposition gegen diese nationalistische politische Ideologie wird an den Rand gedrängt, ausgegrenzt, letztendlich zu einem „jüdischen Antisemitismus“ umdefiniert und im Keim erstickt.

Diese Neudefinition von Antisemitismus, die künftig ein Wesensmerkmal jeder Kritik am israelischen Besatzungsregime sein soll, vermischt die Interessen des israelischen Staates mit der heterogenen jüdischen Bevölkerung in und außerhalb Israels. Sie unterstellt eine Gleichheit von Judentum (jüdischer Kultur und Religion) und Zionismus, d.h. als Politik in Form eines ethnozentrisch-jüdischen Nationalismus. Jüdinnen und Juden wird damit implizit die Verantwortung für die völker- und menschenrechtswidrige Politik dieses Staats aufgezwungen. Nicht-zionistische oder antizionistische Jüdinnen und Juden geraten in den Geruch von VerräterInnen, werden „undenkbar“ gemacht. Der Tradition Luegers folgend, bestimmt man letztendlich, „wer a (guter) Jud is“.

DIE REGIERUNGSPARTEIEN SCHAFFTEN ES ALSO NICHT, SICH VON IHRER ANTISEMITISCHEN UND RASSISTISCHEN GESCHICHTE ZU LÖSEN UND WANDTEN SIE GEGEN ANDERE.

Entsprechend dieser politischen Zielsetzungen gelingt es den rechtsnationalen und „christlichsozialen“ Parteien, sich von der eigenen antisemitischen Geschichte und Gegenwart freizukaufen. Die Neudefinition des Antisemitismusbegriffs tabuisiert und immunisiert nicht nur den verbündeten Staat Israel gegen Kritik oder Sanktionen, sondern ermöglicht es zugleich, den politischen Kampfbegriff „politischer Islam“ zu homogenisieren und zu verschärfen. Netanjahus Versuch, die Schuld an der Shoah den PalästinenserInnen zuzu-

schieben (Stichwort „Großmufti“ von Jerusalem), mag vor einigen Jahren in Europa noch auf Ablehnung gestoßen sein. Über den Umweg „des importierten Antisemitismus“ soll nunmehr die europäische Ausgibt „Antisemitismus“ Muslimen, AraberInnen und TürkInnen zugespielt werden. Einen ersten Vorstoß wagte der ÖVP-Mandatar Martin Engelberg mit Antritt der rechtsrechten Regierung Österreichs, als er in der israelischen Tageszeitung „Ha'aretz“ die Koalition mit der FPÖ verteidigte. Man solle sich nicht auf die Freiheitlichen fixieren, schrieb er, denn „in Österreich kommt die wahre antisemitische Bedrohung von den Muslimen, nicht den Nazis“. Die FPÖ sei „ungeachtet ihrer nationalsozialistischen Wurzeln längst zu einer einwanderungsfeindlichen, populistischen Bewegung geworden“, feierte Engelberg die rechtsrechte Koalition und begründete damit zugleich, weshalb Rechtsextremismus und Israel-Lobbyismus im Europa des 21. Jahrhunderts eine völlig neue Antisemitismus-Definition benötigen. Die Arbeit dazu lieferten Auftragsstudien, die dann wohl in Gesetzesvorlagen gegossen werden sollten.

WIR FORDERN:

- Eine offene Debatte über die israelische Apartheidpolitik muss möglich bleiben. Ein Verbot für derartige Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen widerspricht dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit und ist zurückzunehmen.
- Das Ende der Stigmatisierung von Muslimen als „die feindlichen Anderen“ durch Politik und Institutionen.
- Landraub, Vertreibung, Diskriminierung und die Unterdrückung palästinensischer Menschenrechte müssen weiterhin, wie in den Genfer Konventionen, vom Europarat, und vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, klar als fortwährende Verletzungen des internationalen Rechts benannt werden können.
- Der Versuch, die Kritik an der Politik Israels durch eine propagandistisch motivierte Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus in der öffentlichen Debatte zu unterdrücken, ist zurückzuweisen.
- Große Teile der schwer unterdrückten palästinensischen Gesellschaft setzen große Hoffnungen in die gewaltfreie internationale BDS-Bewegung zum Boykott Israels. Der Beschluss des Wiener Gemeinderates, der diese Bewegung als antisemitisch denunziert und damit Kritik an Israel unterdrückt, ist aufzuheben.

Österreich, Juni 2019

Antiimperialistische Koordination (AIK), Austria

BDS Austria

Frauen in Schwarz (Wien), Austria

Antifaschistische Aktion Wien, Austria

Initiative für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei - IA.RKP, Austria

Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost e.V., Germany

Steirische Friedensplattform, Austria

Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative – Dar al Janub, Austria

Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft - NMZ, Austria

Jewish Network for Palestine, UK

Biosocial Research Foundation, USA

Al-Quds Association, Spain

UK-Palestine Mental Health Network

BACBI - Belgian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel

BDS Schweiz-Suisse

Collectif Palestine 12 -Millau, France

AFPS 63, Association France Palestine Solidarité, France

BDS France, France

Gibanje za Pravice Palestincev, Slovenia

Gruppo Ibriq per la causa e la cultura Palestinese, Italy

Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network, International

Jews for Palestinian Right of Return; Labor for Palestine, USA

Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, Germany

Boycott from Within (BFW), Israeli citizens for BDS, Israel

US Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (USACBI), United States

BDS Berlin, Germany

Institut für Palästinakunde e.V., Germany
University of Applied Sciences Frankfurt/M., Germany
Palästina Forum Nahost Frankfurt/M., Germany
Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg, Germany
Antifaschistische Aktion Wien, Austria
Handala, Austria
Palästinensische Gemeinde Österreich, Austria
BDS Florenz, Italy
Gruppo Ibrico per la cultura e la causa Palestinese, Italy
Gibanje za pravice Palestincev, Slovenia
Salaam Ragazzi dell'Olivo Comitato di Trieste, Italy
Diensten en Onderzoek Centrum Palestina, Netherlands
IJAN, International Jewish Anti Zionist Network, Spain
Union Juive Française pour la Paix (UJFP), EJJF and ECCP, France
Iniciativa za spravodlivy mier na Blizkom vychode, Slovakia
Palästinensische Gemeinde - MS, Germany
CPJPO, Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient, Luxembourg
YANTE - Youth, Art and Levante, Austria
OKAZ, Austria
Arabischer Palästina-Club, Austria
Solidarität International (SI) e.V., Germany
Palästina-Komitee Stuttgart, Germany
Duisburger Netzwerk gegen Rechts, Germany
Hände weg von Syrien, Austria
The Palestine Committee of Norway, Norway
AKUBLI - The Norwegian Committee for Academic and Cultural Boycott of State of Israel, Norway

und viele EinzelunterzeichnerInnen



Wien 1010, Parkring, vormals Theodor-Herzl-Platz

Korrespondenz von Aug und Ohr - Gegeninformationsinitiative:

DER POSITIVE SÜDWIND

oder Wie sich der Verein gegenüber BDS verhielt

Schlag für Schlag erfolgen die Ausgrenzungsmä-
növer der als links geltenden sozialen und politi-
schen Organisationen Österreichs gegen eine
derjenigen Organisationen, die sich am deut-
lichsten und, im Gegensatz zum Lager der Geg-
ner, *mit ausgefeilten und rationalen Argumenten*,
gegen die Politik Israels einsetzt: das BDS.

Nach Amerlinghaus und WUK hat nun der Verein
Südwind zugeschlagen und politisches Betäti-
gungsverbot verfügt!

Er widerspricht sich allerdings selbst. Von jener
an sich selbstverständlich erscheinenden Akzep-
tanz der Organisation auf dem Südwind-Straßen-
fest im ersten Jahr des Ansuchens *schwenkt er
auf das Gegenteil um* und verbietet der Initiative
in der Folge *vier Mal* die Teilnahme *an der öffent-
lichen Diskussion*.

2015 bekamen sie einen Platz am Südwindfest
zugewiesen. Im darauffolgenden Jahr hat sich
BDS, wie ein Aktivist berichtet, „ganz normal an-
gemeldet“. *Aber darauf folgt jetzt eine Absage!*
Eine positive Entscheidung und dann eine nega-
tive ...

In den Jahren darauf erfolgte *wiederum* jeweils
auf die schriftliche Anmeldung eine Absage, per
E-Mail. In ihrer armseligen Begründung führt
Südwind ausgerechnet die *Anti-Defamation Lea-
gue* an, die für ihre Kampagnen auch allgemein
gegen linke Organisationen, sogar jüdische, be-
kannt geworden ist¹, und das *Wiesenthal-Center*,
das, historisch an sich verdienstvoll, andererseits
im Rahmen der jetzigen systematischen Stigmati-
sierung von Kritikern der israelischen Politik für
die Ausladung der linken Holocaust-Überleben-
den *Hedy Epstein* aus dem Wiener Parlament
sorgte².

Erfolglos auch heuer die klare und einfache Ar-
gumentation von BDS in einem Offenen Brief an
den Südwind-Vorstand: „... dass die fortdauernde
Unterdrückung und Diskriminierung von Palästi-
nenserInnen beendet wird, damit alle Menschen

¹ Robert I. Friedman: The Enemy Within, *The Village Voice*,
11. 5. 1993,
http://www.cs.cmu.edu/afs/cs/project/theo-11/www/naive-bayes/20_newsgroup/talk.politics.mideast/77257

² Manfred Ecker Österreichisches Parlament brüskiert Holo-
caustüberlebende Hedy Epstein, *Linkswende*, 25. 3. 2016
<http://linkswende.org/oesterreichisches-parlament-brueskiert-holocaustueberlebende/> Die Hinweise auf die Quellen zur
ADL und zur Epstein-Affäre entnehme ich der Korrespon-
denz der BDS.

in Israel und den besetzten palästinensischen
Gebieten unabhängig von religiöser oder anderer
Zugehörigkeiten gleichberechtigt und in Würde in
ihrer Heimat leben können“³. Es kam zwar zu ei-
nem Treffen in der Laudongasse, dem Sitz des
Vereins Südwind, und es wurde dabei dem BDS
attestiert, wie mir mündlich berichtet wird, daß er
von Südwind *nicht als antisemitisch* eingestuft
wird, aber es sollte doch auf diesem Fest eine
„positive Atmosphäre“ herrschen, meinte man.
Tatsächlich, diese Formulierung wurde verwendet
– es ist der Tonfall einer Sekte!

Da setzte sich *Leo Gabriel* ein, weithin bekannter
Südamerikaspezialist und zusätzlich Aktivist bei
zahlreichen politischen Initiativen. Er „interve-
niert“, bereits im April:

„Angesichts der ununterbrochenen Gewaltaus-
übung von Israel insbesondere im Gaza-Streifen
ersuche ich euch, dieses Jahr dem Anliegen der
KollegInnen stattzugeben und sich auch nicht von
der zu erwartenden Antisemitismus-Keule der is-
raelischen Statthalter einschüchtern zu lassen.

Mit solidarischen Grüßen

Leo Gabriel
Obfrau-Stvtr.“⁴

In ihrer Antwort an L. G., die uns vorliegt, bringt
R. S. das BDS sage und schreibe mit „Hetze“ in
Zusammenhang. Das BDS, „wie es sich präsent-
tiert“, entspreche den Kriterien dieses Projekts
nicht. Südwind stehe für „Weltoffenheit und Ge-
waltfreiheit“.⁵

Wir veröffentlichen diese Antwort nicht, da, und
jetzt kommt das Unglaublichste an der ganzen
Angelegenheit, Frau R. S. am 29. April dem BDS
mit rechtlichen Maßnahmen droht im Fall der
Veröffentlichung ihres Mails an ihren Stellvertre-
ter, L. G.:

³ Offener Brief an den Vorstand des Vereins Südwind Ent-
wicklungspolitik Wien, BDS Austria, 20. 5. 2019

⁴ Mit freundlicher Genehmigung von L. G. zur Veröffentli-
chung freigegeben. Der Brief ist an den gesamten Vorstand
und insbesondere an R. S., Stv. Obfrau, gerichtet. Unter den
Vorstand als Adressat dürfte auch Natalie Plhak (Obfrau) in-
kludiert sein, sie ist u. a. SP-Bereichssprecherin für globale
Entwicklung.

⁵ Dies nur als Hinweis darauf, worum es sich überhaupt han-
delt. In seiner gesamten Konstruktion, im Stil ist dieses
Schreiben ein Exempler für administrative Gewalt.

„An BDS Austria

Guten Tag,
Dies ist eine interne Kommunikation von mir an meinen Stellvertreter, die ich Ihnen in Kopie geschickt habe.
Sollten Sie dieses Email oder Teile daraus oder meinen Namen veröffentlichen, werde ich mir rechtliche Schritte vorbehalten.
R. S.“

Aus diesem Text geht heraus, dass die Drohung sich *auf die Veröffentlichung ihrer Stellungnahme an ihren Stellvertreter bezieht*, jedoch nicht auf den Text, der die Drohung enthält, daher veröffentlichen wir die Drohung. Wir müssen aber unseren LeserInnen den Gesamttext der Replique an L. G. vorenthalten und hoffen auf eine baldige Möglichkeit einer Veröffentlichung – denn wir sind links und sind der Öffentlichkeit verpflichtet.

In einem weiteren E-Mail, das der gewiegte Verhandler und Pazifizierer L. G. an beide Streitparteien richtet, heißt es unter anderem nachdrücklich und ausdrücklich:

„ ... Meiner Ansicht nach ist der Kampf und Boykott der Palästinenser für das Recht auf Selbstbestimmung ebenso unterstützenswert wie sei-

nerzeit der Kampf Mandelas gegen die Apartheid in Südafrika, an dessen Boykottaufwurf sich der SÜDWIND damals ebenso aktiv beteiligt hat. Es ist auch keine "Hetze", wenn wir im Rahmen der *Clean Clothes* ökonomische Massnahmen in unseren Kampf gegen die TNCs (Multis, AuO) mit einbeziehen. ...“

Mit einer ausführlichen Dokumentation über das wahrlich infame Vorgehen der WUK-Führung bei der Ausladung von BDS wird in Bälde zu rechnen sein.

Aug und Ohr
Gegeninformationsinitiative



Infostand von BDS vorm Eingang zum Südwind-Fest 2019

Unsere Gründe für die Nichtunterzeichnung der gemeinsamen MLM Erklärung zum 1. Mai 2019

Dieser Brief wurde an Maoistroad weitergeleitet:

Liebe Genossinnen und Genossen,

Danke für die Übermittlung des Vorschlags für eine gemeinsame 1.Mai-Erklärung der MLM Parteien und Organisationen und wir haben euren 2. Entwurf diskutiert. Wir finden, dass der Vorschlag die Lage, die Widersprüche und die Aufgaben für heute in einer richtigen Weise erfasst.

Aber für die NICHTUNTERZEICHNUNG des Papiers gibt es zwei Gründe:

1. Wir verstehen die Gültigkeit des Konzepts langwieriger Volkskriege nicht als universelle Strategie (insbesondere in Bezug auf imperialistische Länder wie Österreich). Selbstverständlich glauben wir an den gewaltsamen Sturz des bürgerlichen Staates und die Notwendigkeit proletarischer Milizen unter der Führung einer mlm, revolutionär-kommunistischen Partei. Jedoch denken wir, dass ein Bürgerkrieg/Volkskrieg in einem imperialistischen Land wie Österreich wahrscheinlich einer erfolgreichen Machtergreifung in den Machtzentren in Form der Proletarischen Revolution folgen wird.

2. Als kleinerer Punkt: Wir denken, dass die unterzeichnenden Organisationen richtigerweise die Rolle und Bedeutung der III. Internationale und auch ihre Rolle für die heutigen Kämpfe erfassen. Aber wir stimmen nicht mit eurer Einschätzung überein, dass sie „alle Probleme der Taktik und Strategie behandelt und gelöst hat, die notwendig für den Sieg des Proletariats in den imperialistischen Ländern als auch in den vom Imperialismus unterdrückten Ländern“. Es ist richtig, dass die Komintern eine militärisch politische Linie und daher Typen auf Basis der besonderen Bedingungen eines jeden Landes untersucht und erstellt. Aber

die Erfahrungen des antikolonialen Kampfes , der sozialistische Aufbau in China, die Herausbildung des Revisionismus und Restauration des Kapitalismus, die Volkskriege in Peru und Nepal, die Erfahrungen des Parteaufbaus in den imperialistischen Zentren und viele weitere Entwicklungen nach 1943 haben sicherlich die Erfahrung des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker ergänzt.

Diese Entwicklungen, zusammen mit den sich verschärfenden Widersprüchen im kapitalistisch-imperialistischen Weltsystem, müssen in einer wissenschaftlichen Weise in Übereinstimmung mit der speziellen Situation eines jeden Landes anstatt in Form von Dogmatismus und Liquidatorentum ausgearbeitet werden. Deshalb glauben wir, dass die Idee einer ideologischen Diskussion berechtigt ist und wir, sofern möglich, diesen Entwicklungen folgen würden.

“Kannst du eine Frage nicht lösen? Nun gut, dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte! Kennst du alle diese Umstände so gut wie deine eigene Tasche, dann findest du auch den Weg zur Lösung der Frage. Jede Schlussfolgerung ergibt sich, wenn die Untersuchung einer Situation beendet ist, nicht wenn sie anfängt.“ (Mao Zedong, Gegen die Buchgläubigkeit)

Vorwärts im revolutionären Kampf!

Hoch die internationale Solidarität!

Initiative für den Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei (Österreich)

April 2019

MAY DAY 2019 JOINT STATEMENT OF MARXIST LENINIST MAOIST PARTIES AND ORGANISATIONS

Quelle: www.maoistroad.blogspot.com

MAY DAY RED AND INTERNATIONALIST!

Proletarians and oppressed people of the world unite!

The imperialist system continues going through a deep crisis.

Current attempts imperialist and reactionary to deal with and overcome it are unsuccessful and it is going to deepen and extend.

The crisis, emerged in the field of finance, has its cause in production and today results in a new recession.

The global inter-imperialist dispute and contradictions become sharper.

These new disputes start as trade war, and then are increasingly turning into political-military geo-strategic contradictions, resulting in and expanding in aggressive, occupied and proxy wars in countries oppressed by imperialism and also somewhat advancing the tendency to a new direct world war between imperialist for world repartition.

Deepening and expanding of imperialist crisis means to overloaded and expanding of imperialist and reactionaries unload's on the proletarians and masses of the peoples.

It means an increasing gap between the wealth of a handful of imperialist countries and the poverty of three-quarters of the humanity of in the countries oppressed by imperialism and, within each country, between the ruling classes and the proletarians, peasants and exploited masses.

And causes to become sharper the contradiction between of oppressed peoples and nations of world with imperialism and the contradiction of imperialist capitalist and proletarian and masses of the peoples in imperialist countries

The policies of imperialism exacerbate and make the impact of the system more and more catastrophic in terms of environmental and natural disasters.

Within the imperialist countries the tendency to fascism and open dictatorship advances. In countries oppressed by imperialism, where the ruling regimes have always been reactionary and subservient of the imperialist powers, illusions on national, popular and anti-imperialist governments are falling down and dictatorships with openly fascist and military character are advancing Imperialism is misery, reaction and war.

Development, wealth, democracy and peace, the safeguard of health and environment are increasingly proven to be incompatible with the rule of the imperialist system.

Against this system and its crisis the proletarians and the peoples are rebelling both in the imperialist countries and in the countries oppressed by imperialism. The objective conditions of the class struggle, of the national liberation struggle, of the people's war are getting sharper.

On the subjective level, the proletariat and its Marxist-Leninist-Maoist (MLM) organizations are still lagging behind in developing strategies, tactics and organizations and are not up to the challenges put by the objective situation both in the imperialist countries and in the countries oppressed by imperialism.

The ruling classes of the whole world are increasingly resorting to fascism, to impose their plans and their power and also to divert the growing discontent and resistance of the people's masses.

The rebellions of the masses in the countries oppressed by imperialism are led by sectors still bound to one or another fraction of the big, petty or middle bourgeoisie, or even the feudal forces or to one or another imperialism and cannot find the way to a genuine revolutionary struggle for New Democracy and socialism.

In the imperialist countries, even if the people's struggle increase, as in France, the fascist-populist demagoguery advances and the use of the huge immigration waves, caused by imperialism, to divert the anger of the masses not towards the domination of the ruling bourgeois forces but towards the migrants, provoking a war between the poor.

In this national and world situation, the task of the communist, revolutionary and progressive forces in the world is huge.

To affirm the irrefutable truth that the only alternative to waged slavery, exploitation, oppression, domination, misery, discrimination, devastation, crises and wars created by capitalism in today's world is socialism and communism.

To develop and build the parties of the working class, to root them among the masses; to wage a hard struggle within the ranks of the masses for the ideological and political independence of the proletariat, based on Marxism-Leninism-Maoism; to build mass organizations under the leadership of these parties, able to lead the struggling sectors of masses and tear them away from the influence of the reactionary fundamentalist Pan Islamist, fascist-populist forces as well as the remnants of the social democratic and reformist forces; fight economism, legalism, imperialist chauvinism.

To organize the proletariat and mass resistance to imperialist wars and, when the imperialist war advances, make serious determined preparations, to transform it into revolution; to build the militant and fighting forces of the masses to respond to state repression and fight fascist groups; to direct and pave the way for a true revolutionary struggle to overthrow imperialism, its states, its governments and establish the proletarian power.

This battle, to be fought in each country, demands, in the current international context, an international view, international links, a common battle at the international level of the proletariat and the oppressed peoples.

The proletariat is an international class.

It is the most revolutionary class.

It can free himself only by fulfilling the mission of emancipating the whole humanity, a world task to be carried out leading the world socialist revolution to the victory, destroying the imperialist system and all the reaction and thus advancing towards communism.

This year occurs the 100th anniversary of the Foundation of the Third Communist International, founded by Lenin and led by Stalin. It was the highest form of proletarian internationalism and international organization of the proletariat as a world class.

As Lenin pointed out: *"The epoch-making significance of the Third, Communist International lies in its having begun to give effect to Marx's cardinal slogan, the slogan which sums up the centuries-old development of socialism and the working-class movement, the slogan which is expressed in the concept of the dictatorship of the proletariat."*

The grand epic of its foundation, its development and effectiveness in every corner of the world has represented the most gigantic step forward for the proletariat and the international communist movement.

It allowed extending the world historical significance of the October Revolution and the building of genuine communist parties in every corner of the world.

It treated and solved all the problems of tactics and strategy necessary for the victory of proletariat in the imperialist countries as well as in the countries oppressed by imperialism.

It allowed the proletarians and the peoples of the world to unite in the grandiose and epochal battle to defeat the imperialist world war II and defeat Nazi-fascism.

It provided the historical, theoretical and political heritage on whose base the theoretical, political and organizational struggle against the emergence of revisionism developed in the international communist movement, even after its dissolution, against the abandonment of the dictatorship of the proletariat and socialism and the path of revolution for the violent demolition of the bourgeois state.

Mao Zedong said:

"During its entire existence it has rendered the greatest services in helping each country to organize a truly revolutionary workers' party, and it has also contributed enormously to the great cause of organizing the anti-fascist war."

(speech to cadre of the Communist Party, May 26, 1943).

Mao Zedong also developed a critical summation of its errors and shortcomings, as well as of the socialist construction in the USSR, up to the Great Proletarian Cultural Revolution as a further step forward, which inspired the gigantic wave of rebellions in the 70s.

The taking up of all this historical heritage is needed today more than ever for a real advancement of the international working class movement and the communist MLM movement in order to get rid, by means the active ideological struggle and the two-line-struggle, of the influences of the right revisionism-opportunism that leads to capitulation and also, as a secondary enemy but harmful to the purpose the 'leftist' opportunism, dogmatism and petty bourgeois revolutionism.

This May Day, the genuine MLM communists call for:- a unity based on Marxism-Leninism-Maoism, on the path of people's war for the development of the world proletarian revolution.

A unity that will develop mutual help and cooperation to make common steps forward in the construction of proletarian parties able to lead the class struggle through the direct experience of the proletarians and peoples, towards the development of new democratic and socialist revolutions.

- a unity of action in the fundamental fields of the class struggle both in the imperialist countries and in the countries oppressed by imperialism: the support to the People's war in India, the Philippines and all the countries, Peru, Turkey etc. - where the path of the people's war is developed at different stages; the defense and release of the political prisoners and prisoners of war in the world; the development of the anti-fascist and anti-imperialist front; the unity of the classist trade union organizations; the development of women's struggle and proletarian feminist revolutionary organizations.

It is to achieve this goals that today we need the Marxist-Leninist-Maoist International Joint Conference of the MLM parties and organizations, with meetings and content discussions about ideological political items and tasks of this.

In the year of the 100th anniversary of the Communist Third International, let us organize a preparatory meeting this year, to reach this International Conference.

FIGHT IMPERIALISM IN EVERY CORNER OF THE WORLD SUPPORT THE PEOPLES' LIBERATION STRUGGLE AND INTENSIFY THE CLASS STRUGGLE IN IMPERIALIST COUNTRIES

STOP THE MARCH OF FASCIST FORCES ON ALL FIELDS

FIGHT THE REFORMIST AND POPULIST PARLIAMENTARY WAY, ACCORDING TO THE SPECIFIC CONDITIONS IN EACH COUNTRY

BUILD COMMUNIST PARTIES IN THE FIRE OF THE CLASS STRUGGLE AND CLOSELY LINKED WITH THE MASSES ESTABLISH THE PATH OF PEOPLE'S WAR AS THE WAY TO NEW DEMOCRATIC REVOLUTION AND SOCIALIST REVOLUTION IN ACCORDANCE WITH THE CONDITIONS OF EACH COUNTRY LONG LIVE PROLETARIAN INTERNATIONALISM!

LONG LIVE THE 100th ANNIVERSARY OF THE COMMUNIST THIRD INTERNATIONAL AND ITS IMMORTAL STRATEGIC AND TACTICAL LESSONS!

LONG LIVE MARXISM-LENINISM-MAOISM!

Committee for Building the Maoist Communist Party, Galicia, Spanish State

Communist (Maoist) Party of Afghanistan

Communist Party of Nepal (Revolutionary Maoist)

Communist Party of Turkey / Marxist – Leninist

Democracy and Class Struggle, British State

Elkadehin Party , Tunisia

Maoist Communist Party of France

Maoist Communist Party – Italy

Maoist Communist Party Manipur

Maoist Revolutionary League – Sri Lanka

New communist party - Tunisia (under foundation)

Red Youth of Germany

Revolutionary Communist Party (PCR-RCP Canada)

Union Obrera Comunista (MLM) – Colombia

Workers Voice – Malaysia

Gegen die polizeiliche Verfolgung des deutschen Jugendwiderstands

Im Zuge von Vorwürfen betreffend einer antifaschistischen und eine antizionistischen Demonstration wurden im Juni 2019 in insgesamt neun Wohnungen vermeintlicher AktivistInnen der Gruppe Jugendwiderstand Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dieser Polizeiaktion ging eine lange und kontinuierlich vorbereitete Hetzkampagne pro-israelischer (u.a. sog. Antideutscher) Kräfte und bürgerlicher Medien voraus, die ihren bisherigen Höhepunkt, neben den jetzt stattgefundenen Durchsuchungen und Verbotsanträgen, in einer öffentlichen Denunzierung von Personen und in der Offenlegung von Privat- und Berufsleben einiger vermeintlicher AktivistInnen gipfelte.

Die Gruppe, welche inzwischen auch ihre Selbstauflösung bekannt gegeben hat und deren Methoden mitunter auch unter revolutionären Kräften in der BRD Gegenstand von Diskussionen waren, musste sich in den letzten Jahren zunehmend mit verschiedensten Formen der Kritik und systematischer Anfeindung und Ausgrenzung auseinandersetzen. Die nun aber vorgebrachten Vorwürfe gegenüber den vermeintlichen AktivistInnen zeigen klar, auf welcher Seite der bürgerliche Staat steht. Nämlich auf der von Nazis und des zionistischen Besatzerstaates. Während Nazis in der BRD morden können und Polizei- und Armeeangehörige verdeckte Netzwerke zum Zwecke einer faschistischen Machtergreifung aufbauen, werden konsequente AntifaschistInnen und AntiimperialistInnen juristisch verfolgt und drangsaliert. Daher erklären wir uns auch klar solidarisch mit den GenossInnen des ehem. Jugendwiderstands.

Nieder mit der Repression gegen fortschrittliche AktivistInnen!
Hoch die internationale Solidarität!

5.7.2019



Erklärung des Zentralkomitees der Bolschewistischen Partei (Nord Kurdistan/Türkei)

11. Kongress erfolgreich durchgeführt

Genossinnen und Genossen,
die in Nordkurdistan/Türkei und auf der ganzen Welt für eine neue Welt ohne Ausbeutung, eine Welt des Sozialismus und Kommunismus kämpfen...
ArbeiterInnen und Werktätige Nordkurdistans und der Türkei...
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker...
Unser Wort gilt euch!

Unsere bolschewistische Partei hat ihren elften Kongress vor kurzem erfolgreich abgeschlossen. Unser Kongress wurde von Delegierten, die in allen Parteizellen gewählt worden sind, konstituiert. Auch eine von unserer Geschwisterorganisation, Bolschewistische Initiative Deutschland, gesandte Gastdelegation nahm an unserem Kongress teil.

Unser Kongress hat die ökonomischen und politischen Entwicklungen für die Zeit zwischen 2015 und 2019 eingeschätzt. Die politische und organisatorische Entwicklung unserer Partei wurde selbstkritisch geprüft. Über den vom zehnten Zentralkomitee (ZK) vor dem Kongress zur Parteidiskussion gestellten „Politischen Bericht“ und „Tätigkeitsbericht“ wurden auf dem Kongress fruchtbare Diskussionen geführt. Beide wurden mit einigen angenommenen Veränderungen sowie mit im Protokoll festgehaltenen Minderheitspositionen einiger weniger GenossInnen einstimmig verabschiedet.

Verschiedene vor dem Kongress zur Parteidiskussion vorgelegte Beschlussentwürfe wurden nach eingehender Diskussion beschlossen. Unser Kongress hat auch sehr vorwärtsbringende Debatten über die Arbeit in der vor uns liegenden Phase geführt und diesbezüglich Empfehlungen hinsichtlich des Arbeitsplans beschlossen.

Unser Kongress hat seine Arbeiten mit der Wahl der Mitglieder des neuen ZK, die auf Grundlage einer tiefgehenden Einschätzung und Aussprache aller zur Wahl stehenden KandidatInnen durchgeführt wurde, abgeschlossen.

Der Weg zur Verhinderung des Kriegs: Revolutionen unter Führung des Proletariats

*□ Unser Kongress fand zu einer Zeit statt, in der sich der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Mächten intensiviert hat. Die großen Veränderungen innerhalb der Kräfteverhältnisse der imperialistischen Mächte brachte und bringt unausweichlich die Verschärfung der Widersprüche, wie auch die Intensivierung der Kämpfe um die Neuaufteilung unter diesen Mächten mit sich.

Diese Auseinandersetzungen laufen momentan nicht in Form eines neuen imperialistischen Weltkriegs, in dem die imperialistischen Großmächte in verschiedenen Bündnissen direkt gegeneinander Krieg führen. Sondern sie laufen in Form von Rivalitätskämpfen, in denen sie mit allen Mitteln versuchen, in den vom Imperialismus abhängigen Ländern die eigenen Einflussgebiete zu erweitern und die Einflussgebiete der Konkurrenten einzuengen.

Ihre Mittel sind vor allem Handels- und ökonomische Kriege, Justiz- und Militärputsche und Stellvertreterkriege. Aber die imperialistische Welt bewegt sich in großen Schritten in Richtung dritter Weltkrieg. Die Vorstellung, bei den enormen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Welt könne die Neuaufteilung ohne Krieg vor sich gehen, ist – im besten Fall – eine gefährliche Illusion.

Das Treiben der imperialistischen Welt in einen neuen Weltkrieg aufhalten und überhaupt die Welt und die Menschheit vor imperialistischen Kriegen retten können einzig und allein bolschewistische Revolutionen. Im Friedenskampf gegen die rasant anwachsende Gefahr eines Weltkriegs ist heute die Aufgabe der KommunistInnen, diese Wahrheit unter den friedliebenden Massen unermüdlich zu verbreiten. Unser Kongress hat diese Aufgabe noch einmal unterstrichen.

Der Kampf gegen den sich entwickelnden Rassismus und Faschismus muss als ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus geführt werden!

*□ Die Vorbereitung der Imperialisten auf einen neuen Weltkrieg spiegelt sich in der Innenpolitik der einzelnen Länder unter anderem in der Entwicklung des Rassismus und Faschismus in fast allen Ländern der Welt.

Der Lack der von der Bourgeoisie verbreiteten Lügen nach dem Zusammenbruch der sozialimperialistischen Lager über „das Ende des Kommunismus“, „der Epoche des Sieges der liberalen Demokratie“, „das Ende der Geschichte“ ist in kurzer Zeit völlig abgeblättert. Die Entwicklungen in den letzten vier Jahren zeigen, dass sich in der imperialistischen Welt insgesamt eine Rechtsentwicklung als Tendenz durchsetzt.

Diese zeigt sich vor allem in der Entwicklung des Rassismus, des Faschismus und der Suche nach starken „Führern“. In allen kapitalistisch/imperialistischen Ländern, einschließlich der „demokratischsten“(!) und in den vom Imperialismus abhängigen Ländern fachen die Herrschenden unter der falschen Flagge des „Kampfes gegen den Terrorismus“ den Rassismus an.

Der gerechte Zorn, der unter den werktätigen Massen brodelt gegen den täglichen Abbau errungener Rechte, wird von den Herrschenden mit Hilfe des Rassismus auf die „Anderen“, die nicht zu „Uns“ gehören, gelenkt.

In den westlichen imperialistischen Ländern wird der Rassismus vor allem in Form des anti-islamischen und antisemitischen Rassismus entwickelt. Kämpfe der Massen, die sich gegen herrschende Zustände richten, werden wie wir z.B. bei der Bewegung der Gelbwesten in Frankreich sehen, mit offen terroristischen Methoden unterdrückt.

Rassistisch, faschistische zivile Organisationen werden von den Staaten geduldet und von staatlichen Institutionen teilweise offen unterstützt und gedeckt.

In den Staaten mit reaktionär bürgerlich-demokratischem System bereitet sich die Bourgeoisie auch auf die Option einer faschistischen Macht vor. In diesem Zusammenhang entwickeln sich natürlich auch Reaktionen, Widerstände und Kämpfe gegen diese Entwicklungen.

Die Aufgabe der KommunistInnen in diesen sich entwickelnden gerechten Kämpfen gegen Rassismus und Faschismus ist klar. Wir müssen unermüdlich und systematisch den Zusammenhang des Rassismus und Faschismus mit dem Kapitalismus zeigen. Ein wirklich antifaschistischer Kampf, ein richtig antirassistischer Kampf ist nur dann möglich, wenn dieser Kampf zugleich als ein Kampf gegen das kapitalistisch-imperialistische System insgesamt geführt wird. Unser Kongress hat diese Tatsache noch einmal betont.

Der Kapitalismus ist der Feind der ganzen Natur!

*□ Die Entwicklungen der letzten vier Jahre haben eindeutig wieder und wieder bewiesen, der Kapitalismus ist nicht nur ein Arbeiter- und Werktätigen-feindliches System. Er ist zugleich Feind der Natur. Die verheerenden Klima-Anomalitäten, die sich aktuell häufen sind klare Anzeichen des durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffenen Klimawandels.

Immer mehr Menschen sehen, erleben und begreifen, dass das kapitalistisch imperialistische System das natürliche Gleichgewicht irreparabel zerstört. Seine Antriebskraft ist der Maximalprofit in kürzester Zeit. Die Welt wird, wenn der Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, durch den Kapitalismus nach und nach in einen für menschliches Leben unbewohnbaren Planeten verwandeln. Der Kapitalismus zerstört die natürliche Umwelt und führt die Welt in den Untergang.

Die in westlichen kapitalistischen Ländern begonnenen „Fridays for future“ Schulstreikaktionen richten sich gegen diese Entwicklung. Zehntausende Grund-, Mittel- und Oberschul-Kinder skandieren jetzt in vielen Ländern der Welt bei diesen Aktionen „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut“. Sie tragen Plakate wie „Nicht Klima- sondern Regimewechsel“. Die Zukunft gehört diesen Kindern.

Wenn sie begreifen, das imperialistische Weltsystem ist es, das ihnen ihre Zukunft klaut, dann „Wehe diesem System!“

Die Aufgabe der KommunistInnen, unsere Aufgabe ist es, in all diesen Teilkämpfen die Systemfrage auf die Tagesordnung zu setzen und dafür zu kämpfen, sie in den Mittelpunkt des Kampfes zu rücken.

*□ Das gilt in den Kämpfen der Frauen gegen das Patriarchat und für Gleichberechtigung. Das gilt für die Kämpfe von MigrantInnen, die sich ihre Selbstorganisationen schaffen. Das gilt für die Kämpfe der

unterdrückten Völker, die sich gegen die imperialistischen Interventionen auflehnen. Das gilt für die Kämpfe der unterdrückten Nationen für ihre nationalen Rechte.

Es gilt für alle Kämpfe aller Unterdrückten, aller Entrechteten, all derjenigen, die von den Herrschenden, wie zum Beispiel die Bewegung der LGBTQ, als „Andere“ definiert, diffamiert, verfolgt und unterdrückt werden.

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Und natürlich gilt es vor allem für den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Das Proletariat, die ArbeiterInnenklasse aller Länder, wächst zahlenmäßig immer mehr an! Entgegen der seit Jahrzehnten verbreiteten Behauptung bürgerlicher Ideologen und Propagandisten, es würde nicht mehr existieren, bzw. verschwinden.

Der Imperialismus treibt die Welt, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird, mit sich selbst zum Untergang in der Barbarei.

Die einzige Kraft, die diese Entwicklung stoppen kann, ist der Sozialismus, der in den Revolutionskämpfen der ArbeiterInnenklasse, der Werktätigen und der unterdrückten Völker wieder geboren wird. Entweder Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!

Auch die Entwicklungen der letzten vier Jahre haben bewiesen, die Menschheit steht vor dieser Alternative. Es gibt keine Zeit zu verlieren mit Illusionen über die Reformierbarkeit des Imperialismus, mit Illusionen über einen krisenfreien, sozialstaatlichen Kapitalismus, über einen Imperialismus, der mit dem Frieden vereinbar ist etc. Jeder/Jede muss sich entscheiden! Unser Kongress hat noch einmal diese Tatsache festgestellt.

Die Hauptaufgabe:

Aufbau Bolschewistischer Parteien!

* Die internationalen Entwicklungen in den letzten vier Jahren haben noch einmal klar gemacht, dass die Hauptaufgabe der KommunistInnen in allen Ländern die Schaffung bolschewistisch kommunistischer Parteien und die Verstärkung des Aufbaus bereits bestehender ist.

Wir haben immer wieder erlebt, die sich objektiv entwickelnden Klassenkämpfe brechen ohne eine richtige kommunistische Führung entweder in sich zusammen, oder werden mit einigen vorübergehenden reformistischen Zugeständnissen der Bourgeoisie beendet, oder aber werden sogar als Hebel der faschistischen Bewegungen missbraucht.

Wir begreifen die Verstärkung des Aufbaus unserer bolschewistischen Partei, der leider sehr langsam vorangeht, als unsere Hauptaufgabe und arbeiten mit unserer ganzen Kraft daran. Unser Aufruf an die KommunistInnen in jedem Land ist, mit aller Kraft diese Aufgabe anzupacken.

Unserer Meinung nach ist die Hauptaufgabe der KommunistInnen im internationalen Rahmen, an der Schaffung einer Kommunistischen Weltpartei wie der Komintern zu arbeiten. Das ist für den Sieg der proletarischen Weltrevolution die organisatorische Voraussetzung, ein Muss.

Wir wissen, heute sind die subjektiven Bedingungen für die Schaffung einer Kommunistischen Weltpartei, wie die Komintern, noch nicht gegeben. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass dies das entscheidende Ziel im internationalen Rahmen ist. Was heute im internationalen Rahmen geschaffen werden kann, um diesem Ziel näher zu kommen, ist die Organisation der Debatte unter den kommunistischen Kräften, um die Schaffung einer gemeinsamen Plattform der kommunistischen Weltbewegung voranzutreiben. In diesem Zusammenhang schätzen wir die Auflösung der ICMLPO (Internationale Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen) in der vorhergehenden Arbeitsperiode als einen Rückschritt an. Wir schätzen den Versuch von ICOR (Internationale Koordination der Revolutionären Parteien & Organisationen), die revolutionären Bewegungen im Weltmaßstab zu koordinieren, als positiv ein.

Wir arbeiten als Gründungsmitglied aktiv in ICOR mit. Aber ICOR ist nicht das Instrument der Vereinheitlichung der kommunistischen Kräfte. Und wir brauchen vor allem ein solches Instrument.

Ziel der türkischen Bourgeoisie: Entwicklung zu einer imperialistischen Macht!

*□ Was wir in unseren Ländern (Nordkurdistan/Türkei) in den letzten vier Jahren erlebt haben, ist natürlich nicht losgelöst von den internationalen Entwicklungen. Die türkische Monopolbourgeoisie, die sich in den 2000er Jahren gestärkt hat, will im laufenden Kampf der imperialistischen Mächte für die Neuaufteilung als eigenständiger politischer Akteur mitmischen.

Sie will mit am Verhandlungstisch der Wölfe sitzen, um bei der Verteilung der Beute einen möglichst großen Teil der Beute für sich erstreiten zu können. Das ist Plan und Programm der türkischen Bourgeoisie. Beim Versuch, diesen Plan umzusetzen, vergisst die türkische Bourgeoisie öfter, dass sie noch immer schwach ist im Vergleich zu den alteingesessenen imperialistischen Mächten – trotz ihrer Stärkung in den letzten Dekaden, dass sie nach wie vor noch immer eine abhängige Bourgeoisie ist. So nimmt sie öfters den Mund zu voll. In solchen Fällen wird sie von den imperialistischen Großmächten an die eigenen Grenzen „erinnert“.

Um an der Neuaufteilung überhaupt teilnehmen zu können, muss die innere Front verstärkt werden. Dafür wird im Inneren der Faschismus intensiviert, der Rassismus vorangetrieben, gegenüber der kurdischen nationalen Bewegung und jeder auch bürgerlich demokratischen Opposition wird offener faschistischer Terror ausgeübt. Jedwede Widerstandsbewegung, jedwede Streikaktion, Demonstration, die Entwicklungspotential hat, wird mit faschistischem Terror im Keim erstickt. Im Ausland werden in Rojava, wie wir bei der Okkupation in Cerablus und Efrin gesehen haben, kolonialistische Besatzungskriege geführt.

Dimension des Machtkampfes innerhalb der Bourgeoisie – der gescheiterte Militärputsch

Der interne Machtkampf der türkischen Großbourgeoisie hat sich in den letzten vier Jahren enorm intensiviert. Die Koalition von AKP und der Fethullah-Sekte ¹ hat gemeinsam die herrschende, kemalistische bürokratische Elite bekämpft. Nachdem diese Koalition die herrschende bürokratische kemalistische Elite aus den staatlichen Institutionen weitgehend entfernt hatte und es darum ging, die Macht untereinander zu teilen, kam es zum „Bruderzwist“.

In den letzten vier Jahren wurden der Kampf der Erdoğan-AKP, die Gülen-Bewegung aus Machtpositionen in Staat und Gesellschaft zu entfernen und die Gegenwehr der Gülen-Organisation das bestimmende Element der Politik in der Türkei. Wobei die Gülen-Bewegung im Namen des Kampfes für Demokratie, Freiheit etc. fast die ganze bürgerliche Opposition hinter sich scharen konnte.

Die Türkei erlebte am 15.□Juli 2016 einen gescheiterten Militärputsch. Dieser Putschversuch wurde von den Gülenisten in der Armee durchgeführt. Das im Fernsehen und Rundfunk verlesene Putschmanifest war durch und durch kemalistisch und wandte sich an alle Kräfte, die gegen die Regierung Erdoğan-AKP waren.

Der Putschversuch wurde von den westlichen imperialistischen Mächten, angefangen bei den USA, wohlwollend beobachtet. Dieser Putsch, eine Gelegenheit, die Erdoğan-Regierung, die nicht mehr unter fester Kontrolle war, loszuwerden, wenigstens auf Linie zu bringen, scheiterte. In 12□Stunden brach der Putsch zusammen.

Es gibt viele Faktoren, die das Scheitern dieses blutigsten Putschversuchs in der türkischen Geschichte, die sehr reich an Putschen ist, verursacht haben. Zweifellos ist aber einer der Hauptfaktoren die Fehleinschätzung der Putschisten über das Mobilisierungspotential der AKP-Basis und die Vorbereitungen der AKP gegen einen eventuellen Putschversuch. Unerwartet strömten Zehntausende gegen den Putsch auf die Straßen.

Gegenschlag gegen den Putsch

*□Der erfolglose Putschversuch bot der Erdoğan-Regierung die günstige Gelegenheit, die Gülen-Organisation vollständig zu liquidieren, die eigene Macht zu konsolidieren und den Übergang zum Präsidialsystem durchzusetzen.

Gleich nach dem gescheiterten Putsch wurde in Justiz und Armee eine große Säuberungsaktion gestartet. Fünf Tage nach dem Putsch, am 20.□Juli 2016, hat die Erdoğan-Regierung im Parlament die Befugnis erhalten, mit Notstandsgesetzen, mit Regierungserlassen im Rang von Gesetzen zu regieren. Mit Regierungserlassen wurde die Liquidierung der Gülen-Organisation brutal weitergeführt. Und hält bis heute an.

¹ Auch Gülen-Bewegung genannt

Am 17. April 2017 wurde in der Türkei ein Referendum über eine Verfassungsänderung durchgeführt und diese mit knapper Mehrheit angenommen. Das bisherige, wenigstens auf dem Papier, parlamentarische Regierungssystem wurde in ein Präsidialsystem türkischer Art umgewandelt.

Nach den vorgezogenen Präsidenten- und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018 wurde auch rechtlich und praktisch die Umwandlung in Präsidialsystem vervollständigt. Erdoğan wurde im ersten Wahlgang zum ersten Präsidenten des neuen Regierungssystems gewählt.

Die Forderung nach einem Präsidialsystem wurde zwar seit Anfang der 1990er Jahre von der türkischen Großbourgeoisie immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt, stieß aber auf großen Widerstand. Die durch den gescheiterten Putschversuch entstandene Atmosphäre war in dieser Frage der entscheidende Türöffner. Der Putschversuch machte den Weg für die Zusammenarbeit der AKP mit der MHP frei. Die MHP verschaffte der Erdoğan-AKP die für den Übergang zum Präsidialsystem notwendige Mehrheit von über 50 Prozent plus eine der Stimmen.

Sowohl beim Verfassungsreferendum als auch bei der Wahl Erdoğans zum Präsidenten war die Koalition der AKP mit der MHP entscheidend. Nach dem gescheiterten Putsch wurde die MHP de facto ein Teil der Regierung. Auch heute trägt die faschistische Regierungspolitik in der Türkei maßgeblich den Stempel der MHP.

Der intensivierte Faschismus

* Die wichtigste politische Veränderung in den letzten vier Jahren ist zweifelsohne der abrupte Abbruch der, von uns in der vorherigen Arbeitsperiode als „Prozess der Auflösung des Faschismus“ genannten Entwicklung. Dieser Prozess wurde schlagartig beendet und durch eine neue Periode der Intensivierung des Faschismus abgelöst. Dabei spielte die kurdische Frage die Hauptrolle. Der Stopp der Friedensverhandlungen mit der PKK, die praktisch von 2008 bis April 2015 gelaufen sind, wurde kurz nach Newroz 2015 durch die Erdoğan-Regierung abgebrochen.

Das ist ein Wendepunkt beim abrupten Ende des „Auflösungsprozesses des Faschismus“ und der Änderung der Politik in Richtung Intensivierung des Faschismus. Hinsichtlich der Lösung der Kurdenfrage hat die AKP-Erdoğan Regierung mit der Aufkündigung der Verhandlungen, die von ihr zwischen 2008 und 2015 gefahrene „Verhandlungslösungs“-Linie verlassen. Sie ist zur „traditionellen Linie“ des türkischen Staates, der Vernichtung der PKK durch Krieg, zurückgekehrt. Dabei spielten auch die Entwicklungen in Rojava eine wesentliche Rolle. Durch den heldenhaften Widerstand gegen die Angriffe des IS in Kobanê wurden die PYD-YPG von den westlichen imperialistischen Mächten, vor allem von den USA als „die im Feld gegen den IS am erfolgreichsten kämpfende Truppe“ anerkannt. Über die PYD-YPG wurde die PKK auf einmal Verbündete der „Anti-IS-Koalition“ in Syrien. Diese Entwicklung störte die Herrschenden in der Türkei massiv.

* Unser 11. Kongress erachtete es auch als wichtig, zu folgenden Einschätzungen zu den Entwicklungen in Nordkurdistan/Türkei zu unterstreichen:

Kampf der „Festen Glaubensgemeinschaften“ gegeneinander

In unseren Ländern ist das demokratische Bewusstsein, auch im bürgerlichen Sinne, sehr unterentwickelt. Der politische Kampf wird als ein Kampf „fester Glaubensgemeinschaften“ geführt, die alle „Anderen“ außer sich verteufeln und als zu vernichtende Feinde ansehen und bekämpfen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich die Gesellschaft, die eine Summe von „festen Glaubensgemeinschaften“ ist, hinsichtlich des politischen Kampfes, in der Hauptsache in zwei große Lager gespalten. Die Lager definieren sich vor allem über ihre Haltung zum heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

R.T. Erdoğan Lager

Für dieses Lager ist Erdoğan ein Geschenk Gottes für die Türkei. Er ist der gegen alle Welt seine Meinung kundtuende, „geradestehende“, „sich nicht bückende“, „lokale und nationale Chef“, der die Türkei zu ihrer alten Größe aus der Zeit der osmanischen Blütezeit führen wird. Er ist quasi ein Messias.

Die wichtigsten politischen Kräfte dieses Lagers sind neben Erdoğan's AKP seit dem 15. Juli 2016 auch die MHP. Die beiden Hauptparteien dieses Lagers agieren momentan sehr eng zusammen auf der gemeinsamen Grundlage, die sich in ihrer Parole „Ein Vaterland, Eine Nation, Eine Fahne, Ein Staat“ zusammenfassen lässt. Sie sind die angeblich alleinigen Verteidiger „der Existenz des türkischen Staates gegen innere und äußere Feinde“. Sie verhalten sich momentan wie eine Partei.

Sie geben vor, dass ihr Bündnis nicht „bis zum Sonntag, sondern bis zum Grab“ dauern wird. Vergessen scheint zu sein, dass sie, die sich heute gegenseitige Treue schwören, vor dem 15. Juli 2016 sich gegenseitig wüst beschimpft haben. Aber Fakt ist, dass diese beiden Parteien sowohl was ihre Programme als auch die praktische Politik betreffen, beträchtliche Unterschiede haben. Sie beinhalten genug Sprengstoff um diese Koalition zu sprengen, wenn die AKP die MHP nicht mehr braucht und umgekehrt.

Anti-R.T. Erdoğan Lager

Für dieses Lager wiederum ist Erdoğan ein korrupter Dieb und Mörder, ein prunksüchtiger Diktator, der die Türkei von Demokratie zu einer faschistischen Ein-Mann-Diktatur führt. Er isoliert dadurch die Türkei von der ganzen zivilisierten Welt und bringt sie so an den Abgrund.

Der von Mustafa Kemal Atatürk gegründete „laizistische, demokratische Rechtsstaat Republik Türkei“ ist unter Erdoğan in großer Gefahr. Die Werte dieser modernen Republik werden von ihm mit Füßen getreten. Er will diese Republik vernichten. Eine Zeitlang behauptete dieses Lager, Erdoğan würde die Republik Türkei in einen Scharia-Staat umwandeln.

In den letzten Jahren wurde dieses Narrativ geändert. Nun wird ihm vorgeworfen, er würde den demokratischen Staat in eine Ein-Mann-Diktatur umwandeln. Erdoğan ist eine große Plage und ein Fluch. Die Türkei muss sich in kürzester Zeit davor retten muss, egal auf welchem Weg und mit welchen Methoden auch immer.

Dieses Lager wird von der CHP (Republikanische Volkspartei) angeführt, an deren Spitze Kemal Kılıçdaroğlu steht, der mit einer illegalen Tape-Operation zum Vorsitzenden dieser Partei gemacht wurde. Die İYİ Parti (Gute Partei), gegründet von Abtrünnigen der MHP und die Saadet Partei, eine Nachfolgepartei von Erbakans Partei sind die anderen offiziellen politischen Akteure dieses Lagers. Ein Großteil ihrer Anti-Erdoğan Propaganda-Materialien wird von der Gülen-Organisation geliefert. Sie ist ein natürlicher Verbündeter dieses Lagers.

Fast die gesamte reformistische Linke hängt sich im Namen der „Einheit aller demokratischen Kräfte im antifaschistischen Kampf“ an dieses Lager an, bzw. bildet das Anhängsel dieses Lagers. Leider reihen sich auch ein Teil der revolutionären Linken, die den antifaschistischen Kampf heute als Kampf gegen Erdoğan führen, diesem Anhängsel an und werden zum Anhängsel des Anhängsels.

und wir

Wir Bolschewiki haben immer folgendes gesagt und wiederholen es: Der Faschismus ist in der Republik Türkei die hauptsächliche Herrschaftsform der türkischen Bourgeoisie. Der türkische Staat ist ein faschistischer Staat. Jede bisher an die Macht gekommene bürgerliche Regierung hat in der Türkei den Faschismus praktiziert.

In bestimmten kurzen Perioden wurde die türkische Bourgeoisie sowohl durch den Klassenkampf als auch durch die internationale Konjunktur gezwungen, bestimmte bürgerlich-demokratische Rechte zuzugestehen. In diesen Zeiten konnten in der Entwicklung des Klassenkampfes der ArbeiterInnen und Werktätigen, der Kämpfe der Frauenbewegung, der Jugendbewegung, der kurdischen nationalen Bewegung diese Rechte teilweise auch in Anspruch genommen werden. Aber der faschistische Charakter des Staates hat sich auch in diesen Perioden nicht verändert.

Der Prozess, den wir heute erleben, ist nicht ein Prozess des Übergangs von der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus. Es ist der Prozess des Übergangs von der parlamentarisch-demokratisch maskierten Form der faschistischen Diktatur, zu einer „Präsidialsystem“- Form der faschistischen Diktatur.

Der Kampf gegen den Faschismus in unseren Ländern darf nicht begrenzt werden auf einen Kampf gegen diese oder jene faschistische Regierung der Bourgeoisie, sondern muss als ein Kampf gegen den faschistischen Staat der Republik Türkei insgesamt geführt werden. Auch wenn die Speerspitze des Kampfes in einem gegebenen Moment gegen die herrschende Regierung gerichtet wird, dürfen keine Zweifel und keine

Missverständnisse zugelassen werden, dass der Kampf sich insgesamt gegen den faschistischen türkischen Staat richtet.

Die antifaschistische Front in unseren Ländern ist keine Anti-Erdoğan-Front sondern eine Front gegen den faschistischen türkischen Staat.

In dieser Front haben diejenigen Kräfte, die selbst faschistisch sind, die bei einer etwaigen Regierungsübernahme den Faschismus selber praktizieren werden, keinen Platz.

Unser Aufruf an alle demokratischen, revolutionären, kommunistischen Kräfte lautet: Befreit euch von Positionen, die euch im Machtkampf der Herrschenden zum Anhängsel und zu nützlichen IdiotInnen eines Teils von ihnen machen.

Wir haben unsere eigene Front: Diese ist die von allen Teilen der Bourgeoisie unabhängige Kampffront der ArbeiterInnen und Werktätigen, die sich klar von allen Teilen der Bourgeoisie abgrenzt und dem Volk gegenüber mit einer revolutionären Linie als die wirkliche Alternative auftritt. Lasst uns diese Front gemeinsam aufbauen!

*□ Unser 11. Kongress hat den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Diskussion, Einschätzung und Lösung der organisatorischen Fragen und die Probleme unserer Entwicklung auf organisatorischer Ebene gelegt. Wir haben festgestellt, dass sowohl in unseren Ländern als auch auf internationaler Ebene unser ideologisch-politischer Einfluss größer ist als unsere tatsächliche organisatorische Stärke.

Der Kongress hat konkrete organisatorische Schritte beschlossen, um dieses Missverhältnis zu überwinden. Der Kongress hat die allgemeine organisatorische Linie bestätigt, die besagt, die organisatorische Hauptarbeit muss in der ArbeiterInnenklasse geleistet werden.

Weiter wurde die Aufgabe gestellt, die Diskussionen über die Meinungsunterschiede mit den Gruppen, die uns als kommunistisch einschätzen, und die wir als dem Kommunismus nahestehende Gruppen einschätzen, zu intensivieren mit dem Ziel der Vereinheitlichung der KommunistInnen.

In diesem Zusammenhang rufen wir alle Menschen, Gruppen, Parteien, die sich als KommunistInnen verstehen, dazu auf: Lest und studiert die Dokumente unserer Partei und setzt euch kritisch damit auseinander. Wenn ihr das macht, sind wir sicher, dass auch ihr nach Wegen der Vereinheitlichung suchen werdet. **Unser Aufruf**

Unser 11. Kongress ist:

Eine rote Herausforderung an die gesamte kapitalistisch imperialistische Welt!

Er ist die wiederholte Deklaration der Wahrheit:

TROTZ ALLEDEM:

WIR WAREN, WIR SIND, WIR WERDEN SEIN!

Er ist ein Aufruf gerichtet an die ArbeiterInnenklasse, an die Werktätigen, an die unterdrückten Völker:

Organisiert euch für den Aufstand und die Revolution gegen das imperialistische Weltsystem!

Er ist ein Aufruf an die KommunistInnen, an alle GenossInnen: Widmen wir uns mit unserem ganzen Dasein dem Kampf für den Sozialismus und dem Kommunismus, unserer großen Sache!

Die Hoffnung liegt im Aufstand; die Befreiung liegt in den Revolutionen unter Führung des Proletariats.

Der Aufruf unseres 11. Kongresses ist der Aufruf der **Kommunistischen Internationale!**

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Wir haben vor, eine neue Welt ohne Ausbeutung zu gewinnen!

Bolschewistische Partei (Nordkurdistan/Türkei)

Ende März 2019

Diese Erklärung ist auch auf Persisch, Französisch, Englisch, Türkisch usw. auf icor.org abrufbar.

Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch)

Ajith ist frei

Quelle: https://maoistroad.blogspot.com/2019/07/ajith-free_27.html (eigene Übersetzung)

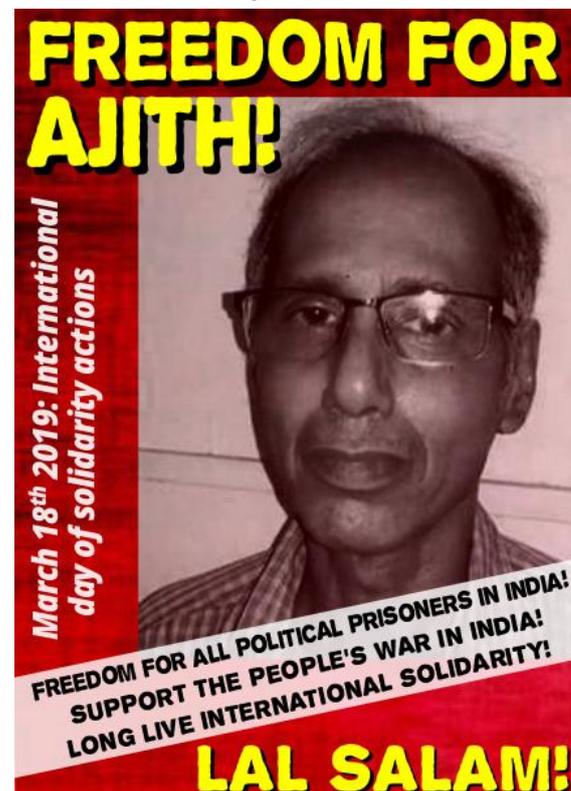
„Die Verhaftung des Genossen Murali [Ajith] im besonderen ist einer der schwersten Verluste, die unsere Partei und das Zentralkomitee erlitten hat.“

Dieser Satz wurde im Mai 2015 in einer Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) nur sieben Tage nach der Verhaftung des Genossen Ajith am 9. Mai 2015 geschrieben. Diese Feststellung des ZKs der CPI (Maoist) basiert auf der herausragenden Rolle des Genossen Ajith im Dienste der neudemokratischen Revolution in Indien, als auch seine Beiträge im Dienste der proletarischen Weltrevolution.

Umso mehr ist der 23. Juli 2019, der Tag der Freilassung des Genossen Ajith aus dem Gefängnis von Pune, ein Tag des Sieges und des Feierns für alle AntiimperialistInnen und RevolutionärInnen weltweit! Wir möchten unsere Freude und unsere roten Grüße ausdrücken. Unser „Lal Salam“ dem Genossen Ajith im Geiste der Internationalen Solidarität.

Die Freilassung des Genossen Ajith ist zuallererst ein Sieg des voranschreitenden Volkskriegs in Indien. Trotz einer mehr als zehn Jahre andauernden konterrevolutionären Offensive gegen die Revolution und den Volkskrieg seitens der indischen Reaktion und ihrer imperialistischen Herren war es ihnen nicht möglich den Volkskrieg zu besiegen. Im Gegenteil. Schwierigkeiten konnten überwunden und neue Fortschritte gemacht werden. Die tatsächliche Freilassung des Genossen Ajith durch die Repressionsorgane des alten indischen Staates, dieser Kompromiss, zeigt deutlich die Macht des Volkskriegs unter Führung der CPI (maoist). Es zeigt weiter, dass faschistische Gesetze wie das ‚Gesetz zur Prävention illegaler Aktivitäten‘ (UAPA), welches als Vorwand für Verhaftungen der Kräfte der Revolution und der Volksbewegungen, wie Ajith, eine Frage des Machtverhältnisses zwischen Revolution und Konterrevolution sind.

Die Freilassung des Genossen Ajith ist auch ein Sieg der Solidaritätsarbeit. Seit der Verhaftung von Genossen Ajith wurden kraftvolle Kampagnen für seine Freilassung organisiert. Hauptsächlich in Indien, aber auch auf internationaler Ebene. Mit einem gemeinsamen internationalen Aufruf wurde 2019 für die Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen und dem Volkskrieg in Indien eine starke Basis und zahlreiche Kräfte in ver-



schiedensten Ländern auf der ganzen Welt geschaffen, die dem Aufruf entschlossen und mit der Stärke der internationalen Solidarität folgten. „Wir verteidigen Genossen Ajith, der sein ganzes Leben in den Dienst der CPI (Maoist), des Volkskriegs und der neudemokratischen Revolution stellte. Der Kampf gegen Imperialismus ist gerechtfertigt und verlangt internationale Solidarität und entschlossene Unterstützung.“ Basierend auf dieser Verpflichtung wurden verschiedene kraftvolle Aktivitäten für Genossen Ajith und alle politischen Gefangenen in Indien organisiert.

Obwohl wir bedenken müssen, dass die indische Reaktion beharrlich daran arbeiten wird, Ajith nochmals zu verhaften (wie sie es schon nach seiner letzten kurzfristigen Freilassung getan haben), müssen wir uns fest auf den Sieg seiner Freilassung konzentrieren. Dieser Sieg muss die Basis sein, zur Erreichung eines höheren Levels der internationalen Solidaritätsarbeit für den Volkskrieg in Indien und zur Erlangung neuer Siege. Die Freilassung des Genossen Ajith beweist klar, dass organisierte Solidaritätsarbeit ein wichtiges Werkzeug im Kampf gegen Imperialismus ist und im Dienste der proletarischen Weltrevolution steht!

**Freiheit für alle politischen Gefangenen in Indien!
Unterstützt den Volkskrieg in Indien!
Hoch die internationale Solidarität! Lal Salam!**

Österreich-Premiere des Films Revolution Selfie: The Red Battalion

Die Zeitschrift Proletarische Revolution freut sich gemeinsam mit der ILPS Österreich (Aufbaukoordination) die Österreichpremiere von Steven De Castros 2016-17 entstandenen und auf dem Internationalen Film Festival von Manhattan preisgekrönten Dokumentarfilm Revolution Selfie: The Red Battalion zu veranstalten. GenossInnen hatten schon Ende 2018 die Gelegenheit an der Europapremiere teilzunehmen und waren begeistert.

Der Film geht auf die Problematiken ein welche die Philippinen in besonders jüngster, aber auch bereits seit der Kolonialzeit prägen. Im Fokus des Films steht dabei klar der, von der faschistischen Duterte-Regierung inszenierte ‚Drogenkrieg‘, Armut und Ausbeutung sowie der Landraub und die Rolle us-amerikanischer und multinationaler Konzerne. Zentrale Handlungsstränge sind aber auch die Auseinandersetzung mit der Stadtpovert verkörpert durch Straßenkinder in Manila und eine Einheit der New Peoples Army (NPA), welche der Regisseur über einen längeren Zeitraum mit der Kamera begleitete.

Abseits bürgerlicher Dokumentarfilmen, wovon selbst die objektivsten nur ein Blick von außen auf den philippinischen Befreiungskampf geben, bietet De Castros Film und dessen erfrischende Herangehensweise und eigentümlicher Stil, im Sinne von Kurzfilmen im Zeitalter von Youtube & Co und Respawn ähnlich jener von Videospielen neben der Darstellung der Hintergründe auch einen Einblick in den Alltag von KämpferInnen des Pulang Bagani Battalion der NPA und deren Beweggründe den Kampf gegen die reaktionäre Staatsmacht aufzunehmen.

Obwohl die Dokumentation keine abschließende Beurteilung (dies aufgrund rechtlicher Hintergründe in den USA auch schwierig ist) des Volkskriegs abgibt, der seitens der weltweiten Reaktion als Terrorismus verunglimpft wird, so sprechen die gezeigten Bilder klar für sich.

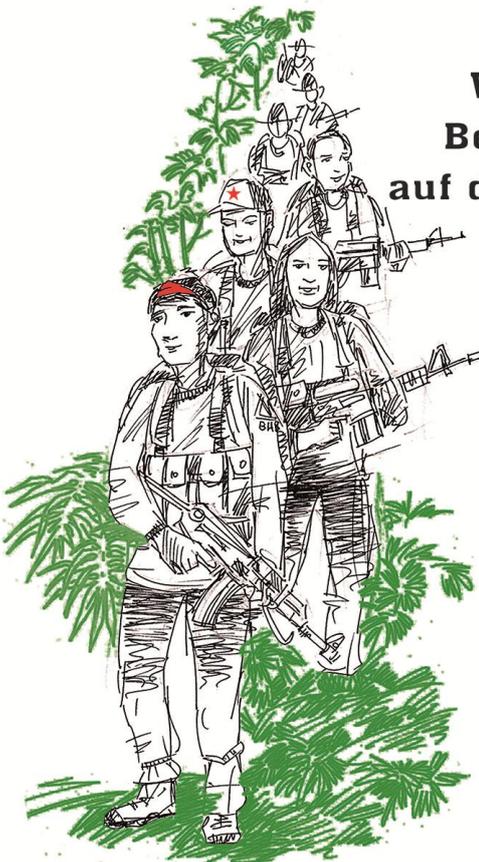
facebook.com/revolutionselfie/

**Wien, Samstag, 5. Oktober 2019 Beginn: 19:00
TOP-Kino Rahlgasse 1, 1060 Wien**

Kartenvorverkauf beginnend am Volksstimme-Fest 31.8. / 1.9. 2019

REVOLUTION SELFIE
THE RED BATTALION

**Filmabend zu
Widerstand und
Befreiungskampf
auf den Philippinen**



**05.10.2019
Start: 19:00
im Top Kino
Rahlgasse 1**

ProletarierInnen aller Länder, vereinigt euch!
Proletarische Revolution
unabhängig von Staat und Kapital.
revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich

INTERNATIONAL LEAGUE OF PEOPLES STRUGGLE
ILPS
Organizing Committee Austria

Philippinen: Schwule Kämpfer in der Revolution

Vorbemerkung der PR-Redaktion: In Österreich sind Vorurteile über kommunistisch geführte Guerillakriege weit verbreitet, auch über den bewaffneten Kampf unter Führung der KP Philippinen. Deshalb haben wir den folgenden Text aus der Zeitung der National-Demokratischen Front der Philippinen ungekürzt übersetzt.

Quelle: Liberation 35/2 2018 Hg. NDFP – liberation.ndfp.org Autoren: Markus del Pilar und Pat Gambao

„Wenn wir beide dieser Guerilla-Front zugeteilt wären, würden wir eine Partnerschaft eingehen. Aber das wird nicht passieren. Hast du gesehen, wie rüpelhaft wir während diesem Volleyball-Spiel waren? Wir konnten extrem laut sein.“

Alle lachten laut über diese Gedanken.

Sie kommen nur selten zusammen. In Wirklichkeit haben sich einige von ihnen zum ersten Mal getroffen. Sie gehören verschiedenen Guerilla-Zonen an und sie sagen, die können nicht einer Gruppe zugeteilt werden. Nicht weil sie ungestüm sind, sondern weil es bestimmte Notwendigkeiten gibt, dass sie in den Gebieten sind, für die sie eingeteilt wurden.

Sie sind alle Mitglieder des Pulang Bagani Bataillon (PBB) der Neuen Volksarmee (NPA). Alles Revolutionäre. Und auch ‚bayot‘ – Schwule.

Der Kampf gegen die Diskriminierung

Ka Riko, ein Choreograf, erzählte, dass ihre ‚ninunong bakla‘ und ‚anitong bading‘ (wörtlich: schwule ‚Vorfahren‘ und schwule ‚Ikonen‘) in den städtischen Zentren Diskriminierungen durch einige Mitglieder der Bewegung erlebt hatten, die Homosexualität als Schwäche betrachteten. Die Schwulen wurden für ihr Fingerschnippen und Hüftwackeln kritisiert, besonders bei Kundgebungen. Es gab sogar Zeiten als Schwulsein als Sicherheitsrisiko eingeschätzt wurde.

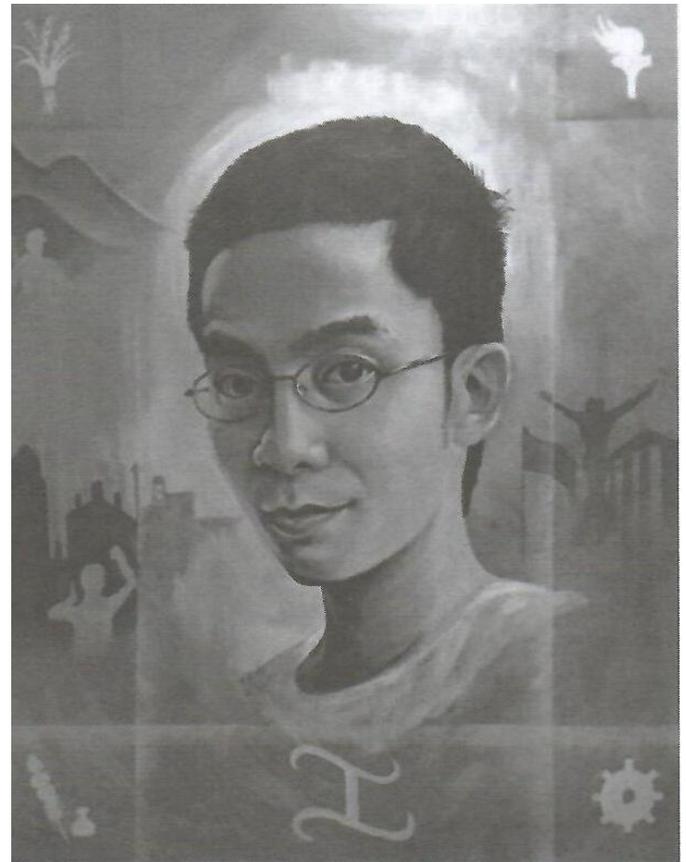
Die wachsende Zahl von Schwulen und Lesben in der Partei verlangte genauere Untersuchungen, ideologische Erneuerungen und eine politische Leitlinie für eine passende Haltung zu den Mitgliedern, die ihre sexuellen Vorlieben ausdrücken. Die genannten Anstrengungen zielen darauf ab, Gender-Diskriminierung, wenn schon nicht zu beseitigen, so doch möglichst abzuschwächen.

Unter anderem erschien ein Rundschreiben mit dem Titel „Über das proletarische Verhältnis der Geschlechter“ (OPRS), ein Parteidokument zur Richtlinie für Beziehungen und Ehen. Während des 10. Plenums der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) (Anm.d.Ü. 1993) wurden auch Diskussionen über die gleichen Rechte für Schwule und Lesben wie für andere und die Anerkennung ihrer sexuellen Vorlieben ebenso wie die Beziehungen und Ehen, die sie schließen möchten, geführt.

Zur rechten Zeit haben die Schwulen ihren Wert als Revolutionäre bewiesen. Mit den Fingern zu schnippen und mit der Hüfte zu wackeln negiert nicht ihre Fähigkeit Aufgaben, einschließlich militärischer Aufgaben anzuleiten und auszuführen.

Aber der Prozess der Billigung und Anerkennung der Rechte der LGBTQ-Mitglieder war nicht einfach. Abgesehen davon, dass sich die Mitglieder in der Bewegung unterschiedlich schnell entwickeln, bleibt auch der starke Einfluss der bürgerlichen Kultur und Gesellschaft, die auf Lesben, Schwule,

Bisexuelle und Transgender (LGBTQ) herunterschauen und sie diskriminieren. So besteht die Notwendigkeit, diesen verkommenen Einfluss ständig zu bekämpfen.



Ka Duda, ein Mitglied des medizinischen Personals des PBB, erklärte wie unwohl er sich am Anfang fühlte. Er wusste nicht, welche Stellung er innerhalb des Kollektivs einnehmen sollte. „Ich kann nicht zusammen mit den Männern baden, weil das die Regeln verletzen würde. Ich kann auch nicht zu den Frauen gehen, weil die denken könnten, dass ich sie missbrauchen möchte. Dann machte jemand die Bemerkung, dass Schwule keinen Platz in der Revolution haben. Ich war schwer beleidigt

und wurde demoralisiert. Ich verließ die Bewegung. Aber zu Hause gab es für mich nichts zu tun, außer zu weinen. Nach ein paar Monaten erklärte ich, dass ich zurückkehren werde und meine Situation mit ihnen analysieren würde.“

Ka Duday glaubte daran, dass der Kampf gegen die minderwertige Kultur der bürgerlichen Gesellschaft, in die wir hineingeboren wurden, und die Einleitung einer Veränderung durch den kollektiven Kampf der Schwulen, Lesben und Heterosexuellen in der national-demokratischen Revolution verwirklicht würde. Es sind Parteidokumente verfügbar, um Schwule und Lesben darüber aufzuklären, dass sie nicht von der Unterdrückung und Ausbeutung, die das andere Geschlecht erleidet, ausgeschlossen sind. Daher ist es wichtig, dass sie eine aktive Rolle in der Volksrevolution einnehmen.

„Aber wir können die Botschaft nicht aussenden und sie von der Dringlichkeit der Revolution überzeugen, wenn wir selbst undiszipliniert sind“, sagte Ka Duday.

Ka Riko machte eine Erfahrung während eines Gefechts mit AFP-Soldaten (Anm.d.Ü.: Philippinische Streitkräfte) im Jahr 2000, als seine Einheit in die Defensive geriet. Sie erlebten schlimme Stunden beim Rückzug vor den feindlichen Truppen, die ihnen schnell nachstießen. Völlig überraschend scherte einer der Genossen, ein Schwuler, aus und näherte sich lässig und salopp den vorstoßenden Soldaten und sprach sie an. Dieses Ablenkungsmanöver ermöglichte es der NPA zu manövrieren und sich zurückzuziehen. „Stolz!“ rief Ka Riko aus.

Dieses Ereignis wurde zu einem Wendepunkt, wie die Schwulen in der Volksarmee behandelt wurden. Einige Genossen machen immer noch Witze über Schwule, aber jetzt machen sie es mit Zuneigung, anders als früher, als die Schwulen spürten, dass die Leute ihnen aus dem Weg gingen. Mit Stolz merkte Ka Riko an: „Schwule in der Bewegung sind großartig – tapfer und richtige Kämpfer.“

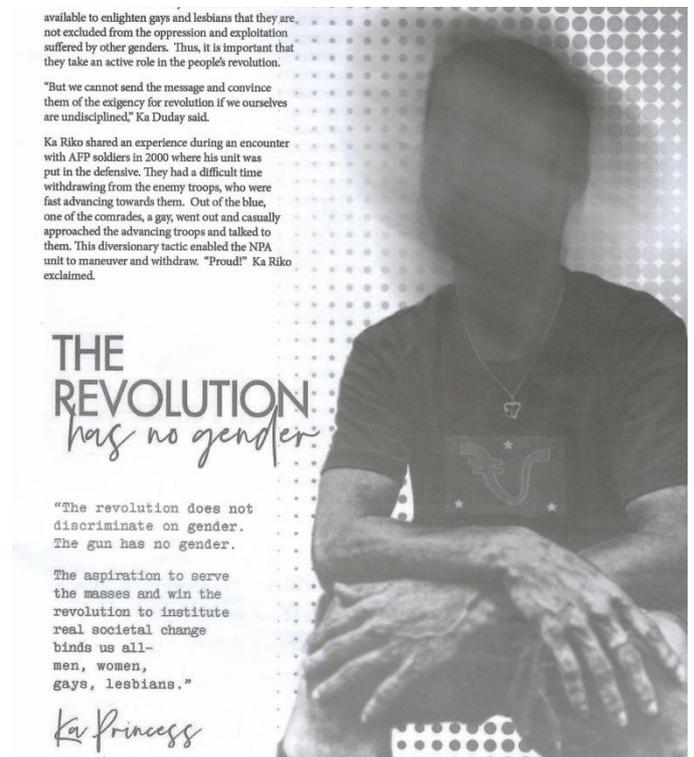
Sie erinnern sich mit Zärtlichkeit an Wendel Guban – er hieß Weng für seine Familie, Wanda für seine Freund/innen und GenossInnen in der Stadt und Ka Waquin für die Roten Kämpfer/innen des PBB und der Lumad (Anm.d.Ü.: Indigene in Mindanao). Er wurde zum Märtyrer. Nach Abschluss des Tourismus-Studiums an der Universität der Philippinen schob Wendel seine persönlichen Ambitionen beiseite, um den Massen und der Revolution zu dienen.

„Abgesehen davon, dass er ein schwuler Kämpfer war, ist Ka Waquin's Engagement im Dienst des Volkes ein unsterblicher Ansporn, nicht nur für uns Schwule, sondern für viele Genoss/innen und die Massen. Er hat bewiesen, dass Schwulsein kein Hindernis ist, ein Gewehr abzufeuern, besonders wenn es für das Wohl der nationalen Befreiung geschieht“, erklärte Ka Duday.

Raus aus der Isolation

Abgesehen von Konfrontationen mit dem Feind wissen schwule Genossen, dass es auch notwendig ist, internen Widersprüchen mutig entgegenzutreten. Sich raus aus der Isolation zu begeben, bedeutet zurückgesetzt, verlacht und verhöhnt zu werden.

Ka Prinzess berichtete seine Erfahrungen folgendermaßen:



„Schon seit der Oberschule wusste ich, dass ich schwul war, aber ich versteckte das vor meiner Familie. Ich kam in Kontakt mit der NPA, aber ich plante nicht, ihr beizutreten. Ich unterstützte sie einfach, so gut ich konnte. Wenn du aus einer Bauernfamilie kommst, wirst du dich immer danach sehnen, deine Familie von den Entbehrungen zu befreien. So arbeitete ich als Sicherheitswache in der Stadt. Aber ich konnte die Ausbeutungssituation der die Sicherheitswachen unterworfen sind nicht aushalten. Es ist ein sinnloses Opfer. Ich beendete meinen Job und kontaktierte meinen Freund in der NPA, um ihm meinen Wunsch mitzuteilen, dass ich ihnen beitreten möchte.“

„Mehr als ein Jahr verbarg ich vor unserer Gruppe mein wahres Ich. Aber ich ärgerte mich maßlos und so outete ich mich gegenüber Ka Bob, einem Mitglied des Oberen Komitees. Ich bat ihn, das mit dem Komitee zu diskutieren. Ich wusste nicht, wie die betreffenden Genoss/innen reagieren würden, aber das war das geringste meiner Probleme. Das wichtigste war dass ich mich outete und erleichtert fühlte.“

Ka Prinzess erwartete Spott von seinen Genossen und den Massen, nachdem sie die Wahrheit über

ihn erfahren hatten. Aber nichts dergleichen pas- sierte. In Wirklichkeit glaubten ihm einige von ihnen nicht. Sie sagten, er schaue wie ein strammer Mann aus mit seinem Körperbau und der Art, wie er redete und handelte.

„Wenn du wirklich deine wahre Identität verbergen willst, wirst du alles tun, um jeden Verdacht zu vermeiden“, erklärte Ka Prinzess.

Ka Prinzess lud seine Familie zu einer Jahresfeier der CPP ein. Genau damals gestand er ihnen seine Geschlechtsvorliebe. Zuerst waren seine Eltern und Geschwister schockiert, aber nachdem er ihnen alles erklärt hatte, akzeptierten sie ihn herzlich wie er war.

Nach diesem Geständnis fühlte sich Ka Prinzess befreit, als ob ein großer Dorn aus seinem Hals entfernt worden wäre. Er war der NPA als Ka Marco beigetreten und wurde nun zu Ka Prinzess und zum politischen Anführer seines Zugs.

Für Ka Awra ist es eine doppelte Belastung Moro (Anm.d.Ü.: moslemische Minderheit auf den Philip- pinen) und homosexuell zu sein. Er erklärte:

„Früher beneidete ich meine FreundInnen in der Stadt, weil viele von ihnen, Männer wie Frauen, mit dem schwulen Jargon vertraut waren. Ich hatte den Eindruck, dass sie Schwule sehr gerne mochten. Später erfuhr ich, dass sie schon vermutet hatten, dass ich schwul sei, weil ich zurückhaltend und sanft war. Aber nie fragten sie mich oder veran- lassten mich, zuzugeben, dass ich schwul bin. Im Jahr 2005 wurde ich zur Gründung einer Organisa- tion von Schwulen und Lesben eingeladen. Ich wunderte mich, warum ich eingeladen war. Wäh- rend der Vorstellungsrunde musst du deinen Na- men und dein Gender/Geschlecht – schwul, les- bisch oder bisexuell sagen. Als ich an der Reihe war, outete ich mich und meine „Karriere“ als Awra Alindogan begann ganz unerwartet. *Bongga!* (Großartig!)“, erinnerte sich verwundert Ka Awra, ein Ausbildungsoffizier.

Nach dieser Enthüllung sah Ka Awra, dass er viel mehr tun und zur Revolution beitragen kann: Er kann schreiben, er kann tanzen, er kann seine kul- turellen Fähigkeiten entfalten, um seine Organi- sierungs- und Ausbildungsarbeit aufzupeppen. Er hat sich gegenüber seinen Genoss/innen und den Massen geoutet. Er erkannte, dass die Massen dich akzeptieren und lieben, egal welches Gen- der/Geschlecht du bist, solange du ihnen mit ihren Problemen helfen kannst; sie sehen dich bei der Volksversammlung, wenn du Probleme anpackst; sie werden bewusster und lernen von deinem Un- terricht, sei es in einem Parteilehrgang oder einfach beim Lesen und Schreiben lernen. Solange du mit ihnen bist beim Pläneschmieden und Gestalten von Programmen, die ihren Interessen dienen, werden sie dich von vollem Herzen akzeptieren.



Ein geistreicher Schwuler

„Es passierte einmal, dass unser Lager überfallen wurde und alle unsere Sachen verschleppt wurden. Die Massen, die von diesem Vorfall erfuhren, schickten mir einen Sack voller Dinge, um das zu ersetzen, was ich verloren hatte. Diese Geste be- rührte mich so, dass mir vor Freude Tränen in die Augen traten. Ich schrieb einen Brief, um ihnen zu danken. Die Massen liebten die Volksarmee so. Sie sind immer begeistert, uns zu treffen und Nettig- keiten mit uns auszutauschen, wenn wir in der Ge- gend sind“, erzählte Ka Awra.

Ka Awra erkannte, dass Respekt nicht dadurch er- worben werden kann, wenn jemand sein wahres Ich versteckt. Vor allem gibt es keine Notwendig- keit, das bevorzugte Geschlecht zu verstecken o- der zu leugnen. Wenn jemand seine/ihre Arbeit gut macht, mit allen ein gutes Verhältnis hat, die Politik und die Programme der revolutionären Bewegung befolgt, wird es keine Schwierigkeiten geben. Das gilt nicht nur für Schwule. Alle Männer und Frauen müssen ihre Aufgaben für die Revolution gut erfül- len. Auf diese Weise werden sie sicher das Ver- trauen und den Respekt sowohl ihrer GenossInnen als auch der Massen gewinnen.

Einmal wurde Ka Awra dazu eingeteilt, eine Grup- pe in einer besonderen militärischen Operation zu führen. Er wehrte sich vehement, besonders weil dafür seine langen Haare geschnitten werden mussten. Er schrie die ganze Zeit, während seine Haare geschnitten wurden. „*Ayoko nang mag- struggle* (Ich möchte nicht mehr länger am Kampf teilnehmen)“ hatte er damals geschrien, erinnerte er sich lachend.

Aber am Ende erkannte er, dass er seine persönli- chen Wünsche nicht über die revolutionären Auf- gaben stellen sollte. Schließlich akzeptierte er die Aufgabe und sie übten, wie sie die Operation durchführen würden. Während der wirklichen takti- schen Operation hatte er „Stewards“ (directors), die ihn coachten. Sie machten ihn aufmerksam, wenn seine Stimme oder seine Handlungen begannen, schwach zu werden. Aber sie ließen ihn er selbst sein, wenn keine anderen Leute da waren. Er konnte sich mit gekreuzten Beinen hinsetzen. Er konnte sich nach Belieben zufächern. Aber wenn andere Leute da waren, musste er zu seinem „Cha- rakter“ als Gruppenführer zurückkehren.

„Nach der Operation spürten wir beim Zusammenpacken alle den nagenden Hunger. Als wir einen Lastwagen mit Früchten kommen sahen, ersuchten sie mich, um etwas Essen zu bitten. Ich hatte schon Zivilkleidung an. Ich benutzte meinen Charme. Aber die Männer am Lastwagen erkannten mich trotzdem als NPA (Nationale Volksarmee) und sie sagten, es gibt keine Schwulen in der Volksarmee. Später erfuhren wir, dass sie aus einem Barangay (Dorf) kamen, wo wir schon Massenarbeit gemacht hatten“, sagte Ka Awra.

Befreiungsbewegung

Die Anerkennung und der Respekt der KP Philippi-



nen für die Rechte der Schwulen und Lesben ist ein großer Schritt vorwärts für sie. Sie sind zuversichtlich, dass die Bewegung im Lauf der Vorwärtsentwicklung der nationalen demokratischen Revolution immer mehr verstehen und lernen wird. Die Bewegung kann auf ihrem Weg auf gewaltige Hindernisse stoßen, aber geleitet durch marxistisch-leninistisch-maoistische Prinzipien werden sie fähig sein, den Weg zum Sieg zu ebnen. Es sind die GenossInnen, Kader und Massen, die Lehren konkretisieren, leben und weiter bereichern.

Ka Rico meint, dass es leider noch unvermeidlich ist, dass Schwule noch immer Schwierigkeiten erleben, besonders mit GenossInnen, die ihre bürgerliche Kultur nicht abgeschüttelt haben, in der sie aufgewachsen sind. Aber hier unterscheidet sich die KP Philippinen von allen anderen politischen Parteien. Die Partei und ihre Mitglieder erkennen ihre Schwächen, lernen aus ihnen und berichtigen sie.

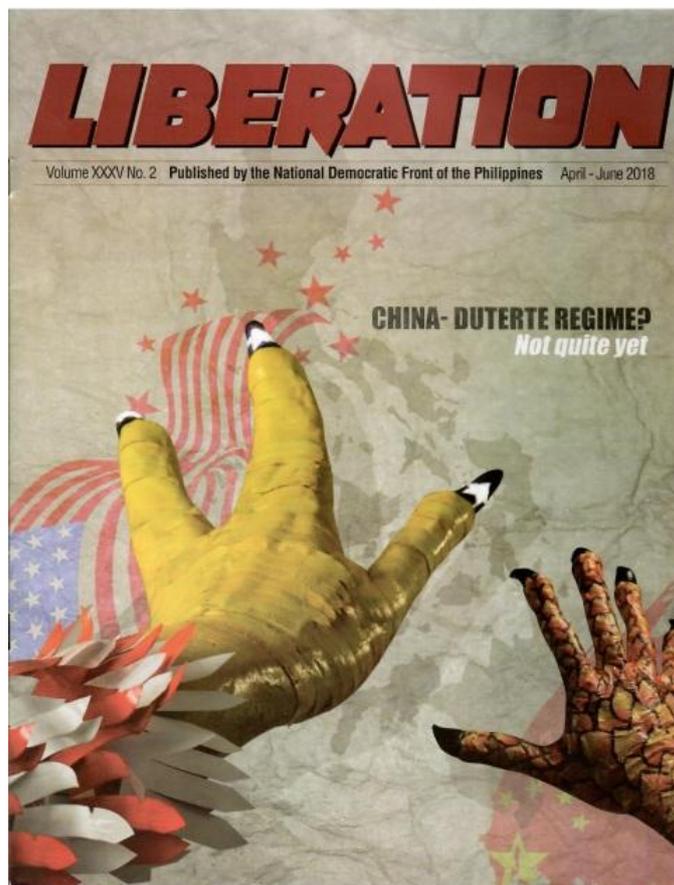
„Die Revolution unterscheidet nicht nach Gender/Geschlecht. Die Waffe hat kein Geschlecht. Das Bestreben, den Massen zu dienen und die Revolution zu gewinnen, um eine wirkliche gesellschaftliche Veränderung durchzuführen verbindet uns alle – Männer, Frauen, Schwule, Lesben“, bemerkte Ka Prinzess.

„Es ist richtig für alle Schwulen und Lesben, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen. Nur durch die bewaffnete Revolution können wir eine Gesellschaft voranbringen und aufbauen, deren Schönheit nicht nur an der Oberfläche existiert, sondern aus ihrem Kern der vollständigen Freiheit erwächst“, folgerte Ka Duday.



Weit über die Anerkennung ihrer Rechte hat die Partei die Schwulen und Lesben mit der marxistisch-leninistisch-maoistischen (MLM) Theorie und Praxis ausgerüstet, und sie so befähigt, nicht nur ihren eigenen Sektor, sondern alle unterdrückten Klassen zu befreien. So sind sie dafür ausgerüstet und befähigt, die konventionelle Vorstellung zu zerschmettern, dass sie ihr Gender/Geschlecht nur gewählt haben wegen der Schönheitssalons und dass ihre Talente nur für die Unterhaltung gut sind. Und sie sind dafür ausgerüstet, sich der Revolution anzuschließen und den revolutionären Massen zu helfen, das Fundament für eine Gesellschaft zu legen, die frei ist von den Fesseln der Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung.

(Liberation, April-Juni 2018, S. 26-30; eigene Übersetzung, PR)



Zu Fragen der Identitätspolitik

Ein Diskussionsbeitrag zum Offenen Abend in der

Marxer Lesestube: „Identität“ und Klassenkampf, Mai 2019

Identitätspolitik, also politisches Handeln, bei dem Bedürfnisse einer jeweils spezifischen Gruppe von Menschen im Mittelpunkt stehen, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eindeutig zu Merkmalen linker und pseudolinker Politik entwickelt. Im Zuge des sukzessiven Rückgangs der Bedeutung einer proletarischen, auf den Klassenkampf ausgerichteten Linken in den imperialistischen Kernländern ist Identitätspolitik und Intersektionalismus eindeutig zum hegemonistischen Denkmuster seitens der akademischen und kleinbürgerlichen ‚Linken‘ geworden.

Ein Kampf gegen verschiedene Formen objektiver, wie subjektiv wahrgenommener Unterdrückung ist primär ein Kampf um die Erweiterung und Verteidigung demokratischer Rechte innerhalb der Gesellschaft. Diesem Kampf dürfen sich die KommunistInnen keinesfalls verschließen. Im Gegenteil, sie müssen sich offensiv mit Widersprüchen in der Gesellschaft auseinandersetzen und für die Transformation dieser kämpfen. Dieser Kampf muss, wenn er erfolgreich geführt werden soll, klar machen, dass gewisse Widersprüche nicht den Hauptwiderspruch unserer Gesellschaftsordnung (Bourgeoisie und Proletariat) darstellen und Rassismus, Sexismus, Trans-Feindlichkeit usw. heute eben nicht eine hauptsächliche Seite dieses Hauptwiderspruchs ausmachen.

Frauenkämpfe, Umweltkämpfe, LGBTI-Kämpfe und andere Kämpfe gegen Unterdrückung und für demokratische Rechte sind unserem Verständnis nach Fronten des Kampfes gegen das kapitalistisch-imperialistische System und haben dadurch ihre Berechtigung. Was für Problematiken ergeben sich aber für KommunistInnen, wenn diese Kämpfe aber nicht als Kampf um eine wirkliche Systemveränderung geführt werden oder die Behauptung aufgestellt wird, bestimmte Teilkämpfe wären bedeutender und würden andere Differenzen übertrumpfen oder gar negieren? Dieser und anderer Fragen wegen möchten wir uns unter dem Thema Identitätspolitik (engl. Identity politics) widmen.

Entgegen wechselseitiger Vorwürfe von Konservatismus und Postmodernismus geht es uns darum eine richtige politische Linie in der Frage der Wirkung von und das Eingreifen in identitätspolitische Kämpfe seitens einer kommunistischen Organisation zu erstellen und Risiken klar aufzuzeigen. Dabei stützen wir uns grundlegend auf den Materialismus als wissenschaftliche Methode unserer Analyse. Und bereits hier am Ausgangspunkt werden wir vor ein Problem

gestellt: Dem ideologischen Dekonstruktivismus moderner bürgerlicher Gesellschaften.

Obwohl die Fokussierung kleinteiliger Gruppenidentitäten, anhand der Definition ethnischer, sexueller, kultureller oder sozialer Aspekte kaum einen Einfluss auf reale Lebenswelten des Proletariats als im Grundwiderspruch stehende Klasse an sich nimmt, so ist der ideologische Einfluss bürgerlicher Theorieproduktion auf die Arbeiterklasse und fortschrittliche AktivistInnen nicht zu unterschätzen. Auch wenn Theorien betreffend die Notwendigkeit und das Wechselspiel eines Identitätspluralismus hauptsächlich noch in akademischen Zirkeln oder unter einer ‚antinationalen Linken‘ diskutiert werden, so zeigt sich, dass diese Theoriegebäude besonders in Nordamerika bereits eine schädliche Wirkung auf mlm Organisationen und Parteien genommen hat. Dies zeigte sich auch im Linienkampf und in Folge auch in der Spaltung der RKP Kanadas 2017, wobei ein Teil in seiner Erklärung u.a. Identitätspolitik als Grund benennt¹ oder in jüngeren Austritten im schweizerischen RA/RJZ².

Zusätzlich darf nicht vergessen werden, dass Identitätspolitik von rechts auch ein Verständnis vom Schutz ‚weißer Kultur‘ in Form verschiedenster Formen von Rassentrennung und rassistischer Diskriminierung beinhaltet. International agierende Faschistennetzwerke wie die Identitären, deren Name in Bezug auf nationale, völkische Identität ja nicht zufällig gewählt wurde, nutzen dies ideologisch aus, um ihre Konzepte vom ‚Kulturkampf‘ und des ‚Kampfes gegen den großen Bevölkerungsaustausch‘ zu untermauern.

Ultrareaktionäre Propagandisten wie der US-Amerikaner Steve Bannon erklären offen, dass ‚linke‘ Identitätspolitik der Neuen Rechten direkt in die Hände spielt: „je länger sie über Identitätspolitik sprechen, desto früher kriege ich sie. Ich will, dass sie jeden Tag über Rassismus sprechen. Wenn die Linke sich auf die Themen Rasse und Identität konzentriert, können wir sie zermalmen.“³

Gerade der Postmodernismus und der ideologische Dekonstruktivismus haben sich innerhalb der imperialistischen Zentren in den Sozialwissen-

¹ RCP Canada, We are the continuators (<http://www.pcr-rcp.ca/en/archives/2016>)

² Vgl. <https://kampfundkritik.wordpress.com/2019/07/10/brecht-mit-falschen-ideen-und-alten-illusionen-zur-enspaltung-von-aufbau-rjz/>

³ Nach: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-03/identitaetspolitik-kommunismus-arbeiterklasse-diskriminierung-emanzipation-karl-marx>

schaffen zu einer ideologischen Hegemonie entwickelt. Ausgangsbasis ist sicherlich die Existenz eines ideologischen Vakuums was einerseits mit einer gewissen ideologischen Erneuerung des kapitalistischen Liberalismus zu tun hat, aber definitiv auch im Zuge der Rückschläge in Folge der kapitalistischen Restauration in der UdSSR und in China sowie auf der Schwäche einer materialistischen und wissenschaftlich-sozialistischen Analyse fußt. Bürgerliche Ideologie und Auffassungen, die ihre subversive Rolle gegenüber einer materialistischen Auffassung üben, füllen in Ermangelung einer starken revolutionär-kommunistischen Bewegung dieses Vakuum logischerweise aus.

Heute ist die revolutionär-kommunistische Bewegung umfassenden Angriffen unterworfen. Der weltweite Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus mag zwar als physischer mit dem Farbwechsel in China nach Maos Tod verschwunden sein. Als ideologischer Widerspruch besteht er aber aufgrund ihrer Unvereinbarkeit weiter und verstärkt sich, je mehr sich die allgemeine Krise des Kapitalismus zuspitzt und je mehr das weltweite Proletariat sich dem Sozialismus zubewegt. Daher ist es auch in der Phase des Parteaufbaus und der Rekonstruktion der kommunistischen Weltbewegung wichtig, diese sich auf der Ebene des gesellschaftlichen Überbaus ergebenden Fragen zu behandeln.

Postmodernismus unter den KommunistInnen ist aber keine, wie manche Kräfte meinen, symptomatische Verkörperung einer rechtsopportunistischen Linie in der Internationalen Kommunistischen Bewegung, die ihre liquidatorische, 'Verschwörung' vorantreibt. Den eindeutig berechtigten, teilweise von außen jedoch nur bedingt nachvollziehbaren Linienkampf auf alle Verhältnisse, Widersprüche und Probleme übertragen zu wollen, ist eine unwissenschaftliche Herangehensweise. Es ist richtig, dass wirklicher Rechtsopportunistismus, der sich bekanntlich ja auch allzu gern mit linksradikaler Phraseologie tarnt, empfänglich für akademische, postmoderne und liberalistische Ansätze ist. Die zerstörerische Wirkung bürgerlicher Ideologie, wie jener des Dekonstruktivismus, ist aber ein allumfassender Angriff auf das Konzept einer Ideologie an sich, das betrifft nicht nur den MLM sondern auch den Revisionismus, Reformismus und nicht zuletzt auch die bürgerlichen Gedankengebäude selbst (bspw. in Form des Konservatismus).

Das falsche Verständnis, KommunistIn zu sein, wenn man Identitätspolitik mit Militanz und bewaffneten Kampf vermennt, ist dennoch keineswegs etwas Neues. In den 1970er Jahren beobachtete man so etwas bei Gruppen wie der Roten Zora oder den 'Dritte-Welt-Kämpfern' und Neorevisionisten a la Japanische Rote Armee und tlw. RAF.

Die RKP Kanada (Montreal) stellte in ihrer Spaltungserklärung fest, dass sich eine spezifische

Form des revisionistischen Maoismus entwickelt hat, der Ökonomismus, Etappentheorie, Opportunismus, Sozialdemokratismus mit Postmodernismus verbindet und dadurch den ideologischen Kampf vom praktischen Kampf des Proletariats abspaltet. Kleinbürgerliche Standpunkte und Bewegungsoportunismus statt Aufbau einer kämpfenden Kommunistischen Partei und angegliederten Massenorganisationen, die den revolutionären Kampf zum Zwecke der sozialistischen oder, in abhängigen Ländern, neudemokratischen Transformation führen, haben zu einer weit verbreiteten Annahme anarchistischer bzw. anarchosyndikalistischer Revolutionskonzepte geführt.

“Diese Perspektive [bezogen auf die politische Bedeutung von Identitätspolitik vertreten durch die Ottawa-Fraktion, Anm.] führt zur Übersteigerung der zugesprochenen Bedeutung bestimmter hypermarginalisierter Teile der Gesellschaft, die fälschlicherweise als fester Kern des Proletariats bewertet werden. Unsere KritikerInnen vertreten die starke Tendenz, ihr Verlassen der zentralen Stellung des Proletariats im revolutionären Prozess damit zu tarnen, indem sie das Konzept der ‚Massen‘ missbrauchen: In der Theorie geben sie vor, die Idee, dass das Proletariat die treibende Kraft unter den Massen ist, zu verteidigen. In der Praxis aber wird diese Zentralität verneint. Die Zurückweisung des Proletariats als hauptsächliches revolutionäres Subjekt ist stellvertretend für verschiedene ‚maoistische‘ Organisationen in Nordamerika. In entwickelten kapitalistischen Ländern, wo Ausbeutung unschärfer als in unterdrückten Ländern abläuft, kleinbürgerliche Elemente, welche aufgebracht gegenüber den Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft sind, werden sich selbst in Organisationen der Ausgebeuteten und Unterdrückten einbringen und dort werden sie spontan ihr eklektizistisches Verständnis der Welt aus einem Mix bürgerlicher und proletarischer Ideen importieren. Eine solide proletarische Führung ist deshalb notwendig, um diese Strömung in Richtung der Verwässerung des Maoismus zu bekämpfen. Mehr noch, entsprechend ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten, schaffen sie es, Organisationen, in denen sie arbeiten, rasch in einer fundamentalen Weise zu verändern. Objektiv existieren kleinbürgerliche Ideen und Methoden. Sie dominieren die Öffentlichkeit und sie beherrschen daher auch spontan die Aktivitäten vieler AktivistInnen. Die anti-unterdrückerische und ideologische Relektüre des Maoismus von kleinbürgerlichen Elementen betrieben, die die nordamerikanische Kommunistische Bewegung belagern, repräsentiert das Verlassen des Klassenkampfes als Pfad der Veränderung der Produktionsverhältnisse. Parteaufbau als auch seine revolutionäre Führung verlangen, gegen die Strömung der spontanen kleinbürgerlichen Bewegungen vorzugehen. Im

Falle unserer Partei hätte ein nicht Vorgehen gegen diese Strömung bedeutet, zwischen den Opportunisten einerseits und den Postmodernisten andererseits festzustecken, was den endgültigen Effekt gehabt hätte, die revolutionäre Führung des kanadischen Proletariats auszulöschen.“⁴

Das Verständnis von Intersektionalismus/Intersektionalität (auch bekannt als Dreifachunterdrückung in Form von race, class, gender) hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv erhöht und in der Realität aber zur Vereinzelung, Isolierung und Entsolidarisierung von Betroffenen beigetragen. Sich im Leben in der Hauptsache als schwarze, vegane, fahrradfahrende Frau zu definieren und andere Formen von Ausbeutung nicht anzuerkennen, da ja vermeintlich der subjektive Bezug fehlt, grenzt die Schnittmengen mit anderen Formen des Protest in Wirklichkeit ein, anstatt sie zu bereichern. Auch wenn die Verschiedenheit der Unterdrückung anerkannt werden und im Programm der KommunistInnen darauf eingegangen werden muss, so ist die teils aggressive Haltung gegenüber objektiver, gesamtgesellschaftlicher Unterdrückung, welche sich aus den Widersprüchen im Imperialismus ergibt, aber schlichtweg reaktionär. Trotz der u.a. im Malmö oder Unique (ehem. Zeitung der ÖH Uni Wien, heute Zeitgenossin) propagierten individualistischen Herangehensweise und intellektuellen Gruppendenkens, das eine über das Individuum gehende, kollektive Befreiung anstoßen möchte, ist der propagierte Liberalismus darin nicht mehr als ein sukzessives Spaltungsinstrument. Der Individualismus ist ein prinzipieller Feind des Kollektivismus, nach welchem die KommunistInnen in Verwirklichung der Rätewacht und in Folge der klassenlosen Gesellschaft streben. Die VertreterInnen der Identitätspolitik postulieren aber, dass Meinungen und Erfahrungen von Unterdrückung betroffener Einzelpersonen zur unbestreitbaren Wahrheit werden. Nun, niemand außer reaktionäre können die objektive Unterdrückung von Individuen leugnen, und subjektiv wahrgenommene Unterdrückung muss im Sinne ihrer Bedeutung in Form von sich gesamtgesellschaftlich manifestierten Widersprüchen thematisiert werden, aber ein Aufstellen eines derartigen Wahrheitspostulats anhand von Gefühlen statt objektiver Realität, ist nichts weiter als eine metaphysische Herangehensweise.

Queer-Theorie und feministische Debatten

Waren vor einigen Jahren noch Rassismus und Sexismus Steckenpferde des Intersektionalismus so haben sich Homosexuellenrechte in Form von queer-theoretischen Herangehensweisen zu entscheidenden Distinktionsmodellen in identitätspoliti-

schen Herangehensweisen entwickelt. Grundsätzlich gilt für uns festzuhalten, dass Fragen der Sexualität Fragen des gesellschaftlichen Überbaus, nicht aber der ökonomischen Basis darstellen.⁵

Ein elementarer Bestandteil der Sozialwissenschaften ist es, nach neuen Bestimmungskomponenten, wie eben Gender, als Einschätzung in der Gesellschaft zu forschen. Dies hat sich dahingehend verselbstständigt, dass die Forschung im Selbstverständnis mit vermeintlich mehr subjektiven Kategorien Klarheit schaffen möchte, auf der objektiven Ebene aber Unklarheit produziert.

Die heutige Queer-Theorie hat ihre Wurzeln im Post-Strukturalismus der 1980er, welcher aus seiner Sicht vorhandene teleologische Narrative dekonstruieren möchte. Zuvor durch verschiedene Faktoren determinierte Identitäten werden nun als Konglomerate multipler sich im Fluss befindender Identitäten und Persönlichkeiten gesehen. Entgegen vermeintlich falscher binärer Zuschreibungen von männlich/weiblich, heterosexuell/homosexuell und weiß/schwarz werden diese als gesellschaftliche Zuschreibungen zurückgewiesen und mit einem konzeptuellen Verständnis der Dynamik und des Wechselverhaltens sozialer Strukturen ergänzt.⁶

Es zeigt sich zudem eine Unterteilung zwischen einem diskursiven, an Foucault, und einen performativen, an Judith Butler, orientierten Muster.

Marxismus und Queer-Theorie unterscheiden sich dabei klar in der Erkenntnistheorie. Stellt der Marxismus klar die Klassen als sozioökonomische Strukturen und den Klassenkampf in das Zentrum der Gesamtheit menschlichen Handelns, so legt die Queer-Theorie den Fokus auf die Geteiltheit und den zersplitterten Zustand von Realität und Identitäten.

Besonders der diskursive Trend wirft den marxistischen Klassikern und heutiger marxistisch-leninistisch-maoistischer Theorieproduktion vor, durch vermeintliche Zuschreibung binärer Rollenverhältnisse gesellschaftliche Hegemoniestrukturen wie Nationalstaat und Patriarchat gesellschaftlich zu stützen. Der diskursive Trend ist daher schon am Ausgangspunkt seiner Ideologiekritik ablehnend und antimarxistisch. Ziel der Wissenschaft und insbesondere der Soziologie müsse es sein, die ‚alten weißen Männer‘ zu überwinden.

Schweigen oder das nicht behandeln von Minder-

⁴ RCP Canada, We are the continuators (<http://www.pcr-rcp.ca/en/archives/2016>)

⁵ Eine gewisse Ausnahme stellt die in den letzten Jahren wieder vermehrt aufgekommene Prostitutionsdebatte (also die Frage, ob Prostituierte LohnarbeiterInnen/SexarbeiterInnen seien), auf die wir trotz einer thematischen Verwandtheit aus Umfangsgründen nicht eingehen können. Einen lesenswerten Text neueren Datums dazu findet sich unter: <https://struggle-sessions.com/2019/01/14/political-economy-and-prostitution/>

⁶ Vgl. Steven Seidman, Queer Pedagogy/Queer-ing Sociology, In: Critical Sociology, Jg.20, Nr. 3 (1994); Ken Plummer, Critical Humanism and Queer Theory (2011)

heiten, Genderspezifika oder Homosexualität dient vielen Queer-TheoretikerInnen in der Regel als Vorwand, AutorInnen vorzuwerfen Unterdrückungsverhältnisse nicht zu benennen und damit real auch zu reproduzieren, indem sie angeblich ‚heteronormative Diskurse‘ führen.

Die Kritik am Geschlechterbild von Marx und Engels in Bezug auf die Zuschreibung von Tätigkeiten und der Stellung des Individuums ist nicht neu und beinhaltet bereits Persönlichkeiten wie Adorno, Baudrillard oder Bourdieu, welche allesamt den ökonomischen Kern marxistischer Identitätsanalyse angriffen. Sprich: in subjektivistischer Weise wird das Verständnis, dass das Sein das Bewusstsein bestimme angegriffen.

Der performative Trend der Queer-Theorie sieht Identität sowohl auf individueller als auch kollektiver Basis als stets von Kulturen und Diskursen konstruiertes und wieder dekonstruiertes Verhältnis an. Das bedeutet im Verständnis Butlers etwa, dass Gender (also das gesellschaftliche Geschlecht im Gegensatz zum biologischen Geschlecht, engl. sex) immer unbestimmt bleibt. Binäre, von gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen vorgenommene Zuschreibungen sind nie eindeutig.

Ein mit der Offensive bürgerlicher Ideologie in Verbindung stehender Bereich sind zudem auch postmoderne und kommerzialisierte Einflüsse auf den bürgerlichen Feminismus bzw. den ‚Pop-Feminismus‘⁷

In den vergangenen Jahren wurde die Thematik von Gewalt gegenüber Frauen in den bürgerlichen Medien zunehmend thematisiert. Abseits der Berichterstattung einzelner Verbrechen und der gewollt rassistischen Inszenierung wird Vergewaltigung dabei hauptsächlich als Problem der ‚Dritten Welt‘ bezeichnet. Das zeigt klar den imperialistischen Charakter dieses Diskurses, der das Ziel verfolgt das faschistisch-kolonialistische Konzept des ‚Kulturkampfes‘ zwischen einem ‚zivilisierten Westen‘ und dem ‚barbarischen Rest‘ zu verfestigen. Mehr und mehr werden auch liberale und identitätspolitische Merkmale als Scheinargumente in dieser Diskussion missbraucht und dienen zur Rechtfertigung und Vorbereitung imperialistischer Angriffskriege. Waren es vor einigen Jahrzehnten noch in der Hauptsache die Menschenrechte, oder besser das, was sich die USA, nach Ende der bipolaren Konkurrenz zur sozialimperialistischen Sowjetunion, als einzige verbliebene Supermacht als solche verstand und als ‚verteidigungswert‘ erachtete, so werden heute etwa gegen das kolonialfaschistische und theokratische Regime im

Iran Frauen- und Homosexuellenrechte nebeneinander mit allerlei berechtigten und zurechtgebogenen Vorwürfen seitens der Imperialisten benannt.

Deepa Kumar etwa spricht dabei in Bezug auf internationale bürgerlich-feministische Kampagnen klar einen NGO-ismus eines wie sie sagt, „imperialistischen Feminismus“ an. Dieser befördere die Forderung nach Frauenrechten im Zuge einer imperialistischen Intervention. Als Beispiel dafür führt sie etwa „humanitäre Interventionen“ wie in Somalia 1993 an. Später habe CARE, World Vision, Human Rights Watch und Oxfam eine UN bzw. US-Intervention in Jugoslawien gefordert. Seit Afghanistan 2001 fließen die Aktionen von NGOs klar unterstützend in die militärische Planung mit ein. Was etwa Palästina betrifft, so wirkte sich der zunehmende Einfluss von NGOs ab den 1990ern, neben anderen Faktoren, negativ auf die palästinensische Frauenbewegung aus. Zudem zeigen große NGOs wie HRW vermehrt die Praxis, in ihren Berichten den Themenkomplex Frauen und zionistische Besatzung auszuklammern.

Gerade das israelische Regime, welches seine vermeintliche Weltoffenheit gegenüber LGBTI-Personen propagandistisch und ökonomisch vermarktet, um seinen rassistisch-militaristischen Charakter zu verschleiern, ist Vorreiter in Sachen ‚pink washing‘.



Werbung des schwedischen Militärs mit einer Transperson

⁷ Bspw. Wenn eine Hillary Clinton plötzlich zur feministischen Ikone wird oder bei H&M feministische Tops verkauft werden.

Das Problem sexueller Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen sowie sexuelle Unterdrückung sind aber ein strukturelles und im Patriarchat verwurzeltes Problem. Auch die voranschreitende neo-liberale Privatisierungs- und Rationalisierungswelle hat Auswirkungen auf den Reproduktionsprozess, der sich heute weltweit auf weibliche Haus- und Zusatzarbeit stützt.

Die Frage nach proletarischer Identität

Die Frage ob proletarische Identität gleichzusetzen ist mit Klassenbewusstsein, ist nicht einfach zu beantworten.

Fakt ist, dass sich auch proletarisches Selbstverständnis aus einem kollektiven ökonomischen Sein herausentwickelt. Gleichzeitig gilt anzumerken, dass Klassenbewusstsein im Marxismus stets als ein kollektiver Begriff aufzufassen ist,⁸ hingegen proletarische Identität eine primär singuläre Erkenntnis oder niederstufigen Bewusstseinsgrad ausdrückt. Sprich: die Erkenntnis ein Hackler zu sein, ist nicht dasselbe ist wie zu verstehen, dass gleichrangige Hackler gemeinsamen Ausbeutungsprozessen unterworfen sind.

Der britische Historiker E.P. Thompson etwa ging in seinen wissenschaftlichen Arbeiten davon aus, dass sich die klassische ArbeiterInnenklasse neben ihrer Stellung im Produktionsprozess auch über ihr soziales Gefüge formierte.⁹

In der Selbstdefinition einer heutigen proletarischen Identität findet sich massiv bürgerlicher Einfluss. Man definiert sich als ArbeitnehmerIn, HandwerkerIn oder überhaupt dem bürgerlichen Lager zugehörig. Aber ‚HacklerIn‘ oder ProletarierIn zu sein, dieses Selbstverständnis als ProduzentInnen gesamtgesellschaftlichen Reichtums, wird von der bürgerlichen Ideologie mit einem negativen Stigma behaftet.

Historisch auf die marxistische ArbeiterInnenbewegung bezogen zeigt sich, dass gerade arbeitertümlerische Positionen als Formen der Identitätspolitik bezeichnet werden können, da sie sich diese in eurozentristischer Weise um eine männliche, in der Regel weiße Industriearbeiterschaft drehen und so scheitern, ernsthaft mit verschiedenen Formen von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen, etwa der Rolle des Patriarchats und des Rassismus umzugehen.

Trotz unterschiedlicher Formen und Manifestationen braucht es Solidarität in der Anerkennung der Wurzeln gemeinsamer Unterdrückung. Und diese liegen nun einmal im kapitalistisch-imperialistischen

⁸ Vgl. Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerfs 1891, MEW Bd. 22, 232

⁹ Vgl. E.P. Thompson, The making of the english working class

Weltsystem.

Alltägliche häusliche Gewalt, struktureller Rassismus durch den Staat, offene Homophobie sowie eine latente Behindertenfeindlichkeit, antimuslimische Hetze, Antisemitismus u.v.m. sind Formen von Unterdrückung, die in ihrer Verschiedenartigkeit große Teile der Gesellschaft betreffen. Um diese zu bekämpfen, bedarf es eines gemeinsamen Kampfs auf revolutionär-demokratischer Grundlage. Ein sich entwickelndes Selbstbewusstsein ist dabei durchaus wichtig, um vom jeweiligen Standpunkt in der Gesellschaft zu proletarischem Bewusstsein zu gelangen und den Kampf, um den Sozialismus zu führen.



Radikale Teilkämpfe, wie die Stonewall-Revolution von 1969 in New York als spontaner, kollektiver Widerstand gegen systematische Polizeiwillkür gegenüber Schwulen, Lesben und Transpersonen, haben eine entscheidende Bedeutung in der Bewusstmachung. Bewusstsein ist dabei die Grundlage der Veränderung und die Veränderung, die wir anstreben, ist die sozialistische Revolution.

Literaturhinweise:

Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus 3:1 ist ein Fußballergebnis, (Wien 1992)

Zum Anschwärzen seien die Schwarzen am besten, (Wien 1993)

Red Guards Austin, On Identity Opportunism (<https://redguardsaustin.wordpress.com/2017/04/10/on-identity-opportunism/>)

Deepa Kumar, Imperialist feminism (<https://isreview.org/issue/102/imperialist-feminism>)

Identitätspolitik und Klassenpolitik in Österreich

In jüngster Zeit setzte sich auch die in Österreich aktive, trotzkistische Linkswende mit der Thematik ‚Identitätspolitik und Klassenpolitik‘ auseinander.¹ Die Autorin Katharina Anetzberger versucht hierbei von einem vermeintlich antifaschistischen Verständnis ausgehend, Identitätsmerkmale wie Religion mit Selbstbewussten gleichzusetzen.

Obwohl die Autorin dabei gerade jenes Manko derartiger auf Identitätspolitik fokussierter Bewegungen anspricht, nämlich die Klassenfrage, so wird Identitätspolitik mit einem gewissen Automatismus eine die Klassenpolitik bereichernde Rolle zugeschrieben.

Als „großartiges Beispiel für die Verbindung von Identitätspolitik und Klassenpolitik“ dient der Linkswende die us-amerikanische Rainbow Coalition deren zentrale Organisation die Black Panther Party (BPP) war.² Auch wenn die Bewegung fortschrittliche und radikal-demokratische Aspekte hatte, deren taktische Aspekte durchaus einen Nutzen auch für heutige kommunistische Organisationen haben, so wäre es ein schwererer Fehler über ihre opportunistischen Züge hinwegzusehen und sie gemeinsam mit der BPP zu idealisieren.

Die Politik der BPP als Ganzes war, entgegen mancher Beteuerungen, nie als marxistisch-leninistisch bzw. maoistisch zu verstehen, sondern umfasste stets eine Mischung aus schwarzem Nationalismus, Marxismus, Anarchismus und utopischem Sozialismus. Mit zunehmender Dominanz der revisionistischen CPUSA in der BPP begannen die Panthers unter Eldridge Cleaver, der sich bereits 1968 in einer Moby-Kampagne im Rahmen der Free Huey Bewegung um das Amt des US-Präsidenten bewarb, eine offen antiproletarische Haltung zu entwickeln. Ab ca. 1970 lassen sich in der Black Panther Party klar zwei Linien ausmachen. Einerseits bewaffnete Aktionen, vertreten um Eldridge Cleaver, der wenige Jahre später zum offenen Antikommunisten verkommen sollte, und andererseits Wahlpolitik und Stadtteilarbeit durch Huey P. Newton. Es ist richtig, dass jene Bewegung, die im weiteren Sinne als Black Consciousness umschrieben werden kann, einen Prozess des Empowerments (Selbstermächtigung) beförderte. Das ist jedoch völlig verschieden vom Konzept der Machtergreifung.

Dass die Black Panther eben in vielen Fragen keinen allzu emanzipatorischen Zugang hatten, sondern des Öfteren spalterisch in der ArbeiterInnenklasse oder chauvinistisch auftraten³, ignoriert Anetzberger genauso wie wenn heutzutage türkische Faschisten bei Linkswendeveranstaltungen im Rahmen einer antirassistischen Programmatik ein Rederecht bekommen. Wenn z.B. ein/eine DissidentIn in der sozialimperialistischen Sowjetunion faschistische Positionen verbreitete machte ihn/sie das noch lange nicht in irgendeiner Form ‚progressiv‘. Ähnlich stellt sich die Situation beim Kopftuch muslimischer Frauen. Natürlich sind diese Frauen einer besonderen Form gesellschaftlicher Ausgrenzung und Unterdrückung unterworfen⁴, was aber keinesfalls etwas daran ändert, dass das Kopftuch selbst Produkt einer reaktionären und patriarchalischen Klassengesellschaft ist. Bei Rolex-Uhren oder Kaviar würde doch auch niemand, mit Ausnahme von Spaßguerillas, auf die Idee kommen diese als einen offenen Protest gegen Kapitalismus und Umweltzerstörung anzusehen. Warum sollte dann das Tragen des Kopftuchs als ein Zeichen des Widerstands erachtet werden.



<https://i2.wp.com/presse-service.at/wp-content/uploads/2019/03/t%C3%BCrkische-nationalisten-linkswende-demo-wien-2016-07-16-04.jpg>

¹ <http://linkswende.org/identitaetspolitik-und-klassenpolitik/>

² Ebd.

³ Charles Jones, *The Black Panther Party Reconsidered*, (Baltimore 1998), 33

⁴ An dieser Stelle möchten wir etwas zum schwachsinnigen Begriff des ‚antimuslimischen Rassismus‘ anmerken. Muslim- und Islamfeindschaft kann und hat auch sehr oft eine rassistische Komponente. Dies gilt übrigens für jede Religion. Und da ist gerade der Kern: Der Islam, wie auch das Judentum oder das Christentum usw., ist eine Religion und KEINE Form ethnischer Zugehörigkeit. Reduzierung der Muslimfeindschaft oder des Antisemitismus (Judenfeindschaft) auf den Rassismus ist ein ideologischer Fehler, der im praktischen Kampf zu falschen Konzepten führen kann (vgl. Bundismus).

Für neue Leser/innen:



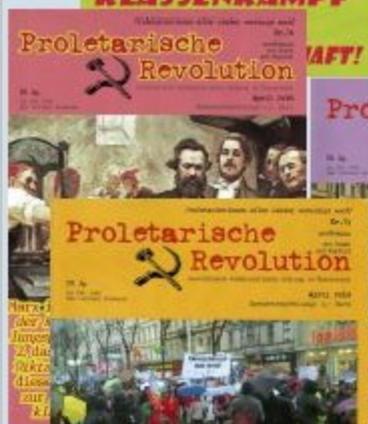
Die „Proletarische Revolution“ erscheint seit 2001. Sie greift mit revolutionär-kommunistischen Positionen in aktuelle Kämpfe und in damit verbundene praktische und theoretische Auseinandersetzungen ein. So setzt sie die Tradition der von den Marxisten-Leninisten Österreichs 1963 gegründeten „Rote Fahne“ und der 1972 bis 1980 erschienen österreichischen (Wochen-) Zeitung „Klassenkampf“ fort. Das Kollektiv Proletarische Revolution stellt sich die Aufgabe, durch die Verbindung der Erfahrungen und Lehren von nahezu 200 Jahren revolutionärer, internationaler Arbeiter/innen-Bewegung mit dem aktuellen Klassenkampf in Österreich und weltweit einen Beitrag zu leisten zur Bewusstmachung und Revolutionierung der Arbeiter/innenklasse im heutigen Österreich.

Die „Proletarische Revolution“ kämpft in der Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung. Diese hat sich vor einem halben Jahrhundert intensiv mit den Fehlern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auseinandergesetzt und ab Anfang der 1960er Jahre einen scharfen Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion geführt. Die theoretische und praktische Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Generallinie für die Weltrevolution hat damals zur Gründung neuer, revolutionär-kommunistischer Zeitungen und Parteien geführt, die sich an der chinesischen Kulturrevolution unter Mao Ze dong orientierten. Das Kollektiv Proletarische Revolution geht davon aus, dass ohne positive Berücksichtigung der theoretischen und praktischen Leistungen der chinesischen Kulturrevolution die Theorie und Praxis der revolutionären kommunistischen Bewegung nicht entsprechend den aktuellen Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes weiterentwickelt werden können.

Die „Proletarische Revolution“ bringt in 4 bis 6 Ausgaben jährlich sowohl agitatorische und propagandistische Aufrufe, Stellungnahmen und Redebeiträge zu aktuellen Kämpfen als auch wissenschaftliche Untersuchungen, Analysen und Thesen von österreichischen und international relevanten Parteien und Organisationen der revolutionären kommunistischen Weltbewegung.

Die „Proletarische Revolution“ ist unabhängig von Staat und Kapital und finanziert sich ausschließlich aus Spenden, Abo-Einnahmen und anderen freiwilligen Beiträgen. Abo-Bedingungen siehe Umschlag hinten! Die „Proletarische Revolution“ kann als pdf-Datei im Netz unter <prorevol.wordpress.com> heruntergeladen werden.

Kollektiv * Proletarische Revolution



TROTZ ALLEDDEM!

Nr. 81 – Mai 2019 – aus dem Inhalt

- > Wohnungsfrage ist Klassenfrage
- > Revolutionärer 1. Mai
Wann, wenn nicht jetzt! Endlich selber kämpfen!
- > Fabrikzeitung Ford Köln
Gegen Massenentlassung
- > Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
DDR – Anspruch und Wirklichkeit (Teil 1)
- > Jugendkollektiv Rote Tücher
Systemwechsel statt Klimawandel?
- > Antifaschistische-antifaschistische Netzwerke
Was steht an?
- > Fabrikzeitung 8. März
Internationaler Kampftag

Zu beziehen über: Postfach 48, 73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de * <http://trotzalledem.bplaced.net>



REVOLUTION SELFIE

JOIN THE REVOLUTION.

a film by Steven De Castro

"Revolution Selfie: The Red Battalion"

A look into the revolutionary New People's Army in the Philippines and the motivations of the warriors of the 50-year old peasant revolution.

UNTERSTÜTZT DIE REVOLUTION AUF DEN PHILIPPINEN! SIEG DEM VOLKSKRIEG!

Es ist ein revolutionäres Ereignis, das die Welt der Menschen verändert hat. Die Revolution ist ein Prozess, der die Menschen zu einem neuen Bewusstsein erweckt und sie zu einem neuen Handeln anregt. Die Revolution ist ein Kampf, der die Menschen zu einem neuen Leben erweckt und sie zu einem neuen Handeln anregt. Die Revolution ist ein Kampf, der die Menschen zu einem neuen Leben erweckt und sie zu einem neuen Handeln anregt.

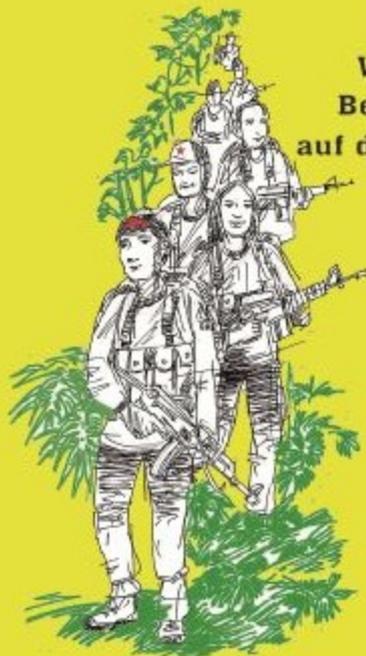


JUGEND WÜRDE SYMB

www.proletarische-revolution.at

REVOLUTION SELFIE THE RED BATTALION

Filmabend zu
Widerstand und
Befreiungskampf
auf den Philippinen



05.10.2019
Start: 19:00
im Top Kino
Rahlgasse 1
1060 Wien

Proletarische
Revolution

ILPS
Organizing Committee Austria

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
für den Inhalt verantwortlich



Kollektiv * Proletarische Revolution

c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien
www.proletarische-revolution.com

Die Proletarische Revolution liegt in folgenden
Buchhandlungen / Vereinslokalen auf (und ist dort
auch käuflich zu erwerben):

- Buchhandlung des ÖGB, 1010 Wien, Rathausstraße 21/Ecke Universitätsstraße
- Buchhandlung im Stuwert, Stuwertstr.42, 1020 Wien
- Literaturcafé Buchhandlung Lhonsky, 1020 Wien, Rotenturmstraße 4/Ecke Taboestraße
- Marner Lesestube, 1050 Wien, Marnergasse 18
- Buchhandlung Alex, 4020 Linz, Hauptplatz 21
- Buchhandlung Hasek, 9020 Klagenfurt, Paulitschgasse 5-7
- Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, D-10179 Berlin
- M 99, Falckensteinstr.46, D-10997 Berlin
- Buchladen Rose Straße, Nikolaikirchhof 7, D-37073 Göttingen
- Das freie Buch, Tulbeckstr. 46, 80359 München)
- Aufbau Buchvertrieb, Kanonenengasse 35, 8004 Zürich



Im Abo
kostet die PR für
1 Jahr
im Inland 20,-,
Sozialabo 15,-
im Ausland 30,- Euro

Bitte
im Kuvert an unsere
Adresse oder direkt
an uns bei Straßen-
Agitation oder
Demos ...